

Gerhard Botz

Simon Wiesenthals Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte des österreichischen Nationalsozialismus

Sein (fast) vergessenes „Memorandum“ zur „Beteiligung von Österreichern an Nazi-Verbrechen“ und die „österreichische Täter-These“

Anlässlich seines Todes im Jahre 2005 wurde Simon Wiesenthal, wie seit den 1970er Jahren international und später auch in Österreich üblich, als großer politischer Aufklärer über den Nationalsozialismus, erfolgreicher Rechercheur nach NS-Verbrechern und unentwegter Kämpfer für Recht und Gerechtigkeit gewürdigt.¹ Solche Würdigungen waren jedoch bis zur Gründung des nach ihm benannten Instituts für Holocaust-Studien in Wien, das ähnlichen Institutionen im Ausland folgte, einseitig; denn sie waren blind für die andere bedeutende Dimension der Persönlichkeit Simon Wiesenthals, nämlich seine wichtige, bisher noch nicht voll gewürdigte Bedeutung als Historiker von Österreichs NS-Vergangenheit.

¹ Dies ist eine durch Fußnoten ergänzte, um das Kapitel „Die Gültigkeit der ‚österreichischen Täter-These‘“ erweiterte und aktualisierte Version eines unveröffentlichten Manuskripts, das aus meinem Vortrag bei der wissenschaftlichen Tagung des DÖW aus Anlass des 90. Geburtstages von Simon Wiesenthal am 2. und 3. 12. 1998 in Wien hervorgegangen ist. Es wurde bei der 29. Konferenz der *German Studies Association* in Milwaukee, Wisc., im September 2005 in einer stark gekürzten Form vorgetragen. Simon Wiesenthal hat mir zu Forschungen darüber schon in den 1980er Jahren Zugang zu seinem Archiv und am 20. 6. 1991 ein Interview gewährt (Transkript durch Elisabeth Polndorfer am LBIHS, Salzburg, in meinem Besitz). Für anregende Hinweise in Milwaukee und Wien danke ich vor allem Winfried Garscha (DÖW), Regina Fritz und Richard Germann (Ludwig Boltzmann-Institut für Historische Sozialwissenschaft, Wien), der mir auch wertvolle Literaturhinweise gab. Ebenso hätte ich ohne die insistierenden Nachfragen von Christine Schindler das diesem Beitrag zugrunde liegende Manuskript von 2005 wohl kaum so rasch wieder aus dem Computer ausgegraben und erweitert; dafür und für wertvolle Anregungen gebührt ihr besonderer Dank.

Dieser „blinde Fleck“ der öffentlichen Wahrnehmung dieses großen Österreicherers erscheint mir nicht zufällig, vielmehr enthüllt er ein häufiges Defizit der gängigen Vorstellungen über Geschichtswissenschaftler.² Als Historiker gelten in den Augen der Öffentlichkeit und ihrer „Zunft“ nur jene, die nach den Regeln des historistischen Quellenpositivismus arbeiten und eine akademische Fachausbildung bzw. -karriere aufweisen; nach solchen Kriterien mochte Wiesenthal am Rande, wenn überhaupt, als ein „Laienhistoriker“, der beachtliches Geschick im Aufspüren und kritischen Evaluieren von weit verstreuten zeitgeschichtlichen Quellen zu den von ihm gesuchten Kriegsverbrechern sowie ein stupendes Faktenwissen und Erinnerungsvermögen hatte, gewürdigt worden sein. Bewusst wollte er sich von der akademischen Zeitgeschichte unterscheiden, die auf der Grundlage von Dokumenten auf „Ereignisse, die tausende Menschen betreffen“, abhebt. Er wollte nicht verallgemeinernd, sondern „aufgeteilt auf Einzelfälle“ sprechen. Einzelschicksale wie das der Anne Frank bewegten die Menschen viel direkter als verallgemeinernde Darstellungen, erklärte er mir 1991. Es sei ihm schon 1945 nach den unmittelbaren Erfahrungen mit der verbrecherischen NS-Politik darum gegangen, den verlorenen „Glauben an Gerechtigkeit, an Fortschritt, an Freundschaft“ wiederzugewinnen – als Voraussetzung für den Beginn eines „neuen Lebens“. ³ Immer war daher sein zeitgeschichtliches Arbeiten direkt und primär auch vergangenheitspolitisch und justiziell orientiert.

Damit wurde er aber als Historiker, der zu einer Neukonzeption der Geschichte des österreichischen Nationalsozialismus einen hervorragenden Beitrag leistete oder hätte leisten können, praktisch nicht gesehen, er wurde wohl auch als „moralisierend“, „wertend“ und „unwissenschaftlich“ abgetan,⁴ wie das bis zuletzt auch von Seiten einiger österreichischer HistorikerInnen angedeutet wurde. Aber geschichtswissenschaftliche Innovation bezieht sich nicht nur auf die

² Erst in den letzten Jahren ist Wiesenthals Memorandum von 1966 von der Forschung beachtet worden, siehe: Bertrand Perz, Der österreichische Anteil an den NS-Verbrechen. Anmerkungen zur Debatte, in: Helmut Kramer / Karin Liebhart / Friedrich Stadler (Hrsg.), Österreichische Nation – Kultur – Exil und Widerstand. In memoriam Felix Kreissler, Wien 2006, S. 223–234, und Sabine Loitfellner, Simon Wiesenthals „Schuld-und-Sühne-Memorandum“ an die Bundesregierung 1966 – Ein zeitgenössisches Abbild zum politischen Umgang mit NS-Verbrechen in Österreich, in: Heimo Halbrainer / Claudia Kuretsidis-Haider (Hrsg.), Kriegsverbrechen, NS-Gewaltverbrechen und die europäische Strafjustiz von Nürnberg bis Den Haag, Graz 2007, S. 281–288; vgl. auch schon den Vortrag bei der oben genannten DÖW-Tagung von 1998: Winfried R. Garscha, Simon Wiesenthals Beitrag zur gerichtlichen Verfolgung der NS-Täter in Österreich.

³ Interview vom 20. 6. 1991.

⁴ Etwa auch: Irene Etzersdorfer, James Bond oder Don Quichotte? Simon Wiesenthals Kampf gegen Lüge und Verdrängung, Wien 1992, S. 111.

Durcharbeitung, Darlegung und kritische Kombination von historischen Fakten, wie sie aus den Quellen gewonnen werden, sondern historischer Erkenntnisgewinn liegt meiner Meinung nach auch – und gerade dann – vor, wenn auf Grundlage nachprüfbarer Quellen neue Konzepte, Theorien und Sichtweisen zu altbekannten „Fakten“ entwickelt werden.⁵ Daraus schafft die Geschichtswissenschaft meist ihre wirklichen „Erneuerungen“.

Vorgeschichte

„Schuld und Sühne der NS-Täter aus Österreich“ lautete der Betreff, unter dem Simon Wiesenthal am 12. Oktober 1966 ein 30-seitiges maschinschriftliches „Memorandum“ an die „Österreichische Bundesregierung, Herrn Bundeskanzler Dr. Josef KLAUS“, übersandte.⁶ Dies ist ein lange Zeit kaum bekannt gewesenes⁷ und meines Wissens nur einmal in der Zeitschrift Wiesenthals „Der Ausweg“⁸ publiziertes Schlüsseldokument, auf das ich später noch näher eingehen werde. Zunächst zur Vorgeschichte dieses Österreich-Memorandums, wie es Wiesenthal vereinfachend für sich nannte.

Wiesenthal hatte unmittelbar nach seiner Befreiung, die er im KZ Mauthausen erlebte, begonnen, unter den vielen tausenden nach Österreich, Deutschland und Italien verschlagenen *Displaced Persons* Informationen und Beweise zu den

⁵ Ich beziehe mich hier vor allem auf die Theorie von „Mutationen“ von „Denkstilen“ durch an die „herrschenden Meinungen“ unangepasste „Denkkollektive“, als die im konkreten Fall die Geschichte der KZs und NS-Verfolgung, die zunächst fast ausschließlich durch Überlebende betrieben wurde, gelten kann: Ludwik Fleck, Entstehung und Entwicklung einer wissenschaftlichen Tatsache. Mit einer Einleitung hrsg. von Lothar Schäfer / Thomas Schnelle, Frankfurt/M. 1980, S. 38, 54, auch S. XXXII.

⁶ „Memorandum“ als Beilage zum Schreiben Simon Wiesenthals vom 12. Oktober 1966 an Bundeskanzler Josef Klaus, im Archiv des Dokumentationszentrums des Bundes jüdischer Verfolgter des Nationalsozialismus, Wien (in Hinkunft: ADBjV, nunmehr Vienna Wiesenthal Institute), in Hinkunft hier zit. als: Memorandum 1966. Ich bin in der glücklichen Situation, dass mir Simon Wiesenthal bereits Ende 1985 im Zuge meiner damaligen Forschungen zum Thema eine Kopie davon zwecks allfälliger Veröffentlichung übergeben hat. Eine Kopie davon kann auch im DÖW eingesehen werden.

⁷ Häufiger waren bis vor kurzem relativ knappe Verweise und Auseinandersetzungen damit, siehe Etzersdorfer, James Bond, S. 104–111; ausführlicher nun siehe die in Fußnote 2 genannte Literatur.

⁸ „Schwere Schuld ohne Sühne?“, in: Der Ausweg, 4. Jg., Nr. 5 (November 1966), S. 1 ff.

NS-Verbrechen zu sammeln.⁹ Zunächst arbeitete er für die amerikanische Besatzungsmacht, dann selbstständig und gründete schon 1947 in Linz ein „Zentrum für jüdische historische Dokumentation“. Dessen Aufgabe war es vor allem, systematische Informationen über das Geschehen und über Zeugenaussagen zu sammeln, sowie eine Tatorte- und Täter-Kartei anzulegen.¹⁰ Schon damals leistete Wiesenthal mit einer steigenden Anzahl freiwilliger Helfer – meist Überlebende – wichtige Vorarbeiten für seine spätere Tätigkeit. In seinem Archiv befindet sich heute noch ein 46 Seiten umfassendes Schriftstück mit dem Titel: „Entwurf: Die Verantwortung der Österreicher für den Judenmord in Europa“.¹¹ Noch mehr als das Memorandum von 1966 enthält es sehr viele Namen von Österreichern in den Stäben der Vernichtung, manche fehlen allerdings noch, wie jener von Franz Stangl, dessen Rolle in Treblinka und Sobibor erst später bekannt wurde. Darin erweist sich, wie schwierig es auch für den wohl besten Kenner der Involvierung der Österreicher in die NS-Verbrechen war, damals schon das volle personelle und funktionale Ausmaß dieser Beteiligung zu erkennen. Dieses Schriftstück stammt höchstwahrscheinlich von Wiesenthal selbst, obwohl er sich, von mir dazu im November 1998 befragt, nicht daran erinnern konnte. Der „Entwurf“ ist zwar undatiert, doch kann aufgrund verschiedener inhaltlicher Indizien¹² angenommen werden, dass er bereits zwischen 1950 und 1952 abgefasst worden ist; so ist zum ehemaligen NS-Bürgermeister von Wien, der bis 1952 in Jugoslawien inhaftiert war, angegeben: „in Haft“.¹³

⁹ Nunmehr solide (mit „kleinen“ Defiziten zur österreichischen Politik): Tom Segev, Simon Wiesenthal. Die Biographie, München 2010, vor allem ab Kapitel 4; hierzu und zum Folgenden immer wieder: Simon Wiesenthal, *Recht, nicht Rache*. Erinnerungen, Berlin 1988, S. 45–41; vgl. etwa auch die Standard-Fernseherzählung: Simon Wiesenthal, in: *Zeitzeugen. Wege zur zweiten Republik*, hrsg. von der Universität Salzburg und dem Landesstudio Salzburg des ORF in Zusammenarbeit mit dem Historischen Archiv des ORF. Unter Mitarbeit von Peter Dusek et al., Wien 1987, S. 401–416, hier 408–410.

¹⁰ Alan Levy, *Die Akte Wiesenthal*, Wien 1995, S. 77 f.; Werner Rosenberg, *Simon Wiesenthal, Der „Nazi-Jäger“ und die sog. NSG-Prozesse*, Gladbeck 1992, S. 11–21.

¹¹ In Hinkunft zit. als: Entwurf (1950/52), in: *Mappe grün „Österreich“*, ADBjV.

¹² Die Tatsache, dass dieser „Entwurf“ die Namen von (vermuteten) NS-Verbrechern nach Standorten, Einsatzgebieten, Lagern und Stäben gliedert, deutet darauf hin, dass die Liste in der von Wiesenthal beschriebenen Weise (Wiesenthal, *Recht*, S. 51) in den ersten Jahren nach der Befreiung von seinen Kontaktleuten in der ganzen Welt zusammengetragen worden war (siehe auch oben, Anm. 7).

¹³ Ebenda, S. 29; vgl. Gerhard Botz, Neubacher, Hermann Josef, in: *Neue Deutsche Biographie*, hrsg. von der Historischen Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 9, Berlin 1999, S. 92–93.

Besonders bemerkenswert ist, dass dieser „Entwurf“ im Kern schon dieselben Schlussfolgerungen wie das Österreich-Memorandum von 1966 enthält. Damals lag die NS-Zeit erst wenige Jahre zurück und in ganz Europa ging man allenthalben dazu über, nach der Beseitigung der ärgsten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Schäden sich voll dem Wiederaufbau und der Abwehr des Kommunismus zuzuwenden. Auch in den Öffentlichkeiten der USA und Israels war der systematische Massenmord an den Juden und Jüdinnen zwar bekannt, jedoch in seinem ganzen ungeheuerlichen Ausmaß kaum präsent und die wissenschaftliche Bearbeitung und (öffentliche) Erinnerung daran meist unerwünscht, wie auch Raul Hilberg mit seiner viel später zum Standardwerk gewordenen Dissertation¹⁴ erfahren musste. Die meisten Überlebenden, die zunächst von dem unsagbaren Schrecken eindrucksvoll zu reden und schreiben begonnen hatten, waren in dem Klima von Ablehnung und Schweigen verstummt.¹⁵ All dies wurde in Österreich verstärkt, in einem Land, dessen erst kurz zurückliegende Nazi-vergangenheit im tiefen Schatten des Verdrängens lag und wo die These, Österreich und die ÖsterreicherInnen seien nichts als Opfer des Nationalsozialismus gewesen, den Platz einer Art außen- und innenpolitischer Staatsdoktrin einnahm.¹⁶ Dies sollte man bedenken, wenn man Wiesenthals Tätigkeit vor dem widrigen zeitgenössischen Hintergrund rechts- und vergangenheitspolitisch zu würdigen versucht. Dasselbe gilt auch für eine Einschätzung seiner Bedeutung als früherer Zeithistoriker der NS-Zeit.

Nur in diesem Kontext kann man seine später noch ausgefeilten Thesen aus den 1960er Jahren richtig einschätzen. So schrieb er schon 15 Jahre früher:

„An der jüdischen Tragödie der Jahre 1938-1945 haben österreichische Staatsbürger einen nicht zu unterschätzenden Anteil. Die Ausrottungsmaßnahmen gegen die Juden außerhalb Deutschlands haben auf dem Gebiete Österreichs begonnen und wurden zum größten Teil von österrei-

¹⁴ Siehe Raul Hilberg, *The destruction of the European Jews*, Chicago, Ill., 1961.

¹⁵ Vgl. Aleida Assmann / Ute Frevert, *Geschichtsvergessenheit – Geschichtsversessenheit. Vom Umgang mit deutschen Vergangenheiten nach 1945*, Stuttgart 1999, vor allem S. 19–150.

¹⁶ Allgemein; Heidmarie Uhl, *Vom Opfermythos zur Mitverantwortungsthese. NS-Herrschaft, Krieg und Holocaust im „österreichischen Gedächtnis“*, in: Christian Gerbel / Manfred Lechner / Oliver Marchart / Vrääth Öhner / Ines Steiner / Andrea Strutz / Heidmarie Uhl (Hrsg.), *Transformationen gesellschaftlicher Erinnerung. Studien zur österreichischen Gedächtnisgeschichte*, Wien 2005 [= kultur.wissenschaften 9], S. 86–130.

chischen Nazis ausgeführt unter Zustimmung eines maßgeblichen Teiles der Bevölkerung, die zum Teil davon materiell profitierte.“¹⁷

In diesen Sätzen von 1950/52 lag wahrlich politischer und wissenschaftlicher Sprengstoff. Denn sie enthielten schon ganz ähnliche Aussagen wie das Österreich-Memorandum eineinhalb Jahrzehnte später. Besonders bemerkenswert erscheint mir, dass Wiesenthal im letzten Teil des „Entwurfs“ bereits „die Ausbeutung der Arbeitskraft jüdischer Zwangsarbeiter aus den Konzentrationslagern in Österreich durch österreichische Industrien und Firmen“ skizzierte.¹⁸ Obwohl er dabei nur, der Sichtweise seiner Zeit und seiner Dokumentationsarbeit entsprechend, die Sklavenarbeit von jüdischen KZ-Häftlingen (vor allem aus dem Konzentrationslager Mauthausen und dessen „Arbeitsaußenkommandos“) im Auge hatte, zeichnete er schon Anfang der 50er Jahre¹⁹ ein zeitgeschichtliches Bild, das *cum grano salis* dem der Forschungen der letzten Jahrzehnte nicht widerspricht. Wiesenthal behandelte hier auch cursorisch (und geschichtswissenschaftlich ungenau, aber doch zutreffend) den „Osteinsatz“ verschiedener österreichischer (Bau-)Firmen im Dritten Reich, allerdings nicht die Rolle der Banken und Versicherungen.²⁰ (In Österreich wurden diese Befunde vor allem

¹⁷ Entwurf, Bl. 1. Zum Teil wörtlich wiederholt im „Memorandum“, siehe unten, bei Fußnote 45.

¹⁸ Für Wiesenthal scheint allerdings die materielle Entschädigung von jüdischen Opfern kein vordringliches Anliegen gewesen zu sein, wie er noch 2000 dem „Sonderbeauftragten für die Rückerstattung von Eigentum“ Präsident Clintons, Stuart Eizenstat (siehe dessen: *Unvollkommene Gerechtigkeit. Der Streit um die Entschädigung der Opfer von Zwangsarbeit und Enteignung*, München 2003, S. 381), gegenüber erklärte.

¹⁹ Die wissenschaftliche Erforschung zur damals so genannten „Endlösung“ konnte sich vorerst praktisch nur auf die gedruckten Verhandlungsniederschriften und Dokumente des Nürnberger Hauptkriegsverbrecherprozesses und wenige andere Publikationen bzw. kaum aussagekräftige Erinnerungen wie die Wilhelm Höttls (*Die Geheime Front*, Linz 1950) oder Gustav Steinbauers (*Ich war Verteidiger in Nürnberg*, Klagenfurt 1950) stützen. Die erste Gesamtdarstellung erschien erst ein Jahr später: Gerald Reitlinger, *The final solution. The attempt to exterminate the Jews of Europe 1939–1945*, London 1953 (deutsch erst erschienen: Berlin 1982); zu Mauthausen etwa gab es nur: Hans Maršálek, *Mauthausen mahnt! Kampf hinter Stacheldraht. Tatsachen, Dokumente und Berichte über das größte Hitler'sche Vernichtungslager in Österreich*, Wien [1950]; später erschien erst die lange Zeit beste deutsche Darstellung: Wolfgang Scheffler, *Judenverfolgung im Dritten Reich 1933–1945*, Berlin 1960.

²⁰ Exemplarisch: Dieter Stiefel (Hrsg.), *Die politische Ökonomie des Holocaust. Zur wirtschaftlichen Logik von Verfolgung und „Wiedergutmachung“*, Wien 2001 [= Querschnitte 7]; Wolf Gruner, *Zwangsarbeit und Verfolgung. Österreichische Ju-*

von Florian Freund und Bertrand Perz und schließlich von der Historikerkommission der Republik Österreich bestätigt bzw. weiterentwickelt.) Auch die Entschädigungsfrage, die schon damals von bundesdeutschen, österreichischen und jüdischen Seiten pro und kontra gespielt wurde, hätte daran schon, wie seit den späten 1990er Jahren, anknüpfen können.²¹

So verstieß dieser „Entwurf“ gerade auch durch seinen wirtschaftlichen Teil und die daraus abgeleiteten Entschädigungsforderungen, auch wenn sich diese nur auf jüdische NS-Opfer bezogen, radikal gegen den gesellschaftspolitischen Grundkonsens, der sich in der Zweiten Republik ausgebildet hatte: Zurückweisung und Verdrängung der österreichischen Mitverantwortung am Nationalsozialismus und an dessen Politik, Leugnung bzw. Minimierung der Verantwortung zur materiellen und symbolischen Entschädigung der Opfer der NS-Verfolgung, Durchführung einer Verstaatlichungs- und Wirtschaftspolitik, die ungeniert auch auf dem NS-Erbe aufbaute.²²

Aus ungeklärten Gründen unterließ Wiesenthal damals eine weitere Ausarbeitung und kompakte Veröffentlichung des „Entwurfs“. Vielleicht erschien ihm die internationale politische Lage dafür als nicht günstig: 1953 erreichte der Kalte Krieg in Europa einen seiner Höhepunkte – Ostberliner Aufstand – und die westlichen, insbesondere auch die amerikanischen Interessen an einer Aufklärung und Verfolgung von Nazi-Kriegsverbrechen sanken gegen null. Die gerichtliche Verfolgung der großen NS-Verbrecher war nach den Nürnberger Prozessen praktisch überall zum Stillstand gekommen. „Der Kalte Krieg war eine Schonzeit für Mörder“, resümierte Wiesenthal nach fast fünf Jahrzehnten. So schrieben auch Wiesenthals Biographen Herbert Steiner und Maria Sporer:

„Es gab zahlreiche kleinere Verfahren auf regionaler Ebene. Gegen ehemalige NSDAP-Gauleiter und -Blockwarte oder gegen Denunzianten oder von schon Verurteilten angestregte Revisionsverhandlungen – wegen Strafmilderung. Der einzige größere Prozeß, der Nazigreuel und

den im NS-Staat 1938–45, Innsbruck 2000; Gerald D. Feldman / Oliver Rathkolb / Theodor Venus / Ulrike Zimmerl, Österreichische Banken und Sparkassen im Nationalsozialismus und in der Nachkriegszeit, München 2006, 2 Bde.; Oliver Rathkolb unter Mitarbeit von Christian Gonsa (Hrsg.), NS-Zwangsarbeit: Der Standort Linz der Reichswerke Hermann Göring AG Berlin, 1938–1945, Wien 2001, 2 Bde.

²¹ Eizenstat, Unvollkommene Gerechtigkeit.

²² Brigitte Bailer-Galanda, Die Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung. Die Republik Österreich und das in der NS-Zeit entzogene Vermögen, Wien 2003 [= Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission 3], vor allem Kap. II–V; Oliver Rathkolb, Die paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2005, Wien 2005, S. 365–377.

Massenmorde wieder in Erinnerung gerufen hat, war erst zehn Jahre später der Ulmer Einsatzgruppenprozeß 1958.²³

Die Reintegration der ehemaligen Nationalsozialisten in Österreich und in der jungen Bundesrepublik Deutschland war fast abgeschlossen oder im vollen Gange, die DDR schob auf ähnliche Weise wie Österreich, jedoch mit anderen Argumenten, jede Verantwortung an den Verbrechen des Nationalsozialismus von sich. Zwar hatte die Republik Österreich anfangs die Entnazifizierung und die justizielle Aufarbeitung der NS-Verbrechen energisch angegangen. Aus 130.000 Volksgerichtsverfahren hatten sich rund 13.000 Schuldsprüche und 30 vollstreckte Todesurteile ergeben. Doch nur knapp die Hälfte dieser Schuldsprüche bezog sich auf NS-Gewaltverbrechen, weniger als 800 dieser Urteile ergingen aus „echten Naziverbrecher-Prozessen“ im Zusammenhang mit Totschlag, Mord und Deportation, wie Wiesenthal feststellte.²⁴ Die entscheidende Milderung der Anti-NS-Politik war schon 1948 mit der ersten großen Amnestie und der im nächsten Jahr erfolgenden Zulassung der Nachfolgepartei der NSDAP bzw. des „deutschnationalen Lagers“, des VdU bzw. der „Wahlpartei der Unabhängigen“, eingetreten. Diese Partei wurde als überwiegendes Sammelbecken ehemaliger Nazis „anerkannt“. Wiesenthal stellte im Rückblick fest:

„Bereits ab dem Jahre 1949 buhlten die ÖVP ebenso wie die SPÖ mehr oder minder offen um die Stimmen und um die Gunst der 660.000 registrierten Nazis plus Angehörigen. Denn keine der beiden Großparteien konnte ohne Nazistimmen die Mehrheit bekommen.“²⁵

Wiesenthal erkannte damals, dass die „Nachkriegsphase der Nazi-Jagd vorbei“ war, wie eine spätere Biographin, Hella Pick, schrieb.²⁶ Er schloss daher sein Linzer Dokumentationszentrum. 1992 erzählte er darüber: „Im Jahre 1954 habe ich unser komplettes Archivmaterial, außer dem Fall Adolf Eichmann, zusammengepackt und an das Institut des Yad Vashem in Jerusalem geschickt.“²⁷

²³ Maria Sporrer / Herbert Steiner (Hrsg.), Simon Wiesenthal. Ein unbequemer Zeitgenosse, Wien 1992, S. 88 bzw. 98f.

²⁴ Zit. nach ebenda, S. 158; siehe auch: Claudia Kuretsidis-Haider, Zur justiziellen Ahndung von NS- und Kollaborations-Verbrechen in Europa abseits der alliierten Prozesse – ein Überblick, in: Halbrainer / Kuretsidis-Haider (Hrsg.), Kriegsverbrechen, S. 85–102.

²⁵ Sporrer / Steiner (Hrsg.), Wiesenthal, S. 167.

²⁶ Hella Pick, Simon Wiesenthal. Eine Biographie, Reinbek b. Hamburg 1998, S. 206 f.

²⁷ Sporrer / Steiner (Hrsg.), Wiesenthal, S. 99.

Für die nächsten sechs Jahre betätigte sich Wiesenthal als freier Journalist und arbeitete für die Umschulung und Sprachausbildung von DPs und osteuropäischen Flüchtlingen in Linz. Doch die Suche nach Eichmann, dessen zentrale Rolle bei der Realisierung der „Endlösung“ Wiesenthal – der damals geltenden strafrechtlich-personalisierenden Sicht verpflichtet – früh erkannt hatte, blieb weiterhin im Zentrum seiner politisch-moralischen Interessen, bekanntlich nicht ganz ohne Ergebnis, wie sein (von manchen bestrittener und von ihm überbetonter) Beitrag zur Ausforschung Eichmanns²⁸ belegt.²⁹

1961, während des Eichmann-Prozesses, fasste Wiesenthal wieder Hoffnung auf ein neuerliches Aufgreifen der Frage der NS-Verbrechen. Er übersiedelte nach Wien und eröffnete hier mit allerlei Umwegen und Schwierigkeiten sein Büro neu; daraus wurde das bekannte „Dokumentationszentrum des Bundes jüdischer Verfolgter des Naziregimes“. Hierin konnte nun Wiesenthal seine selbstgesteckten Lebensaufgaben weiter verfolgen: „Kampf gegen den Antisemitismus, Sammeln von Zeugnissen über die Vernichtung von Juden und Fahndung nach NS-Verbrechern mit dem Ziel, diese vor Gericht zu bringen.“³⁰ Dadurch sollte verhindert werden, dass diesen „Mördern der Vergangenheit“ ein Weg in die Zukunft geebnet werde, ein Programm, das auch davon motiviert war, dass in den 1970er Jahren auch in den westlichen Ländern, einschließlich der USA, „die meisten Bemühungen, die Nazimörder [...] strafrechtlich zu verfolgen, bis dahin erfolglos gewesen waren“.³¹

Das Dokumentationszentrum wurde zu einer in seiner Vielfältigkeit und Reichweite weltweit singulären Einrichtung, die mit ihrem um die Person ihres Leiters geknüpften Netzwerk von Kooperationspartnern, ehemaligen KZ-Häftlingen, politisch ihm Nahestehenden und jüdischen Freunden, Informanten und ZeugInnen von NS-Verbrechen mit der ganzen Welt in Verbindung stand. Wiesenthal agierte mit einem Minimum an MitarbeiterInnen auf bravouröse Weise, nicht ohne Rückschläge, aber immer erfolgreicher in wechselnder Kom-

²⁸ Etwa: Simon Wiesenthal, *Ich jagte Eichmann*. Tatsachenbericht, Gütersloh 1961; ders., *Doch die Mörder leben*, München 1967, S. 124–166; vgl. dagegen: Tuviah Friedman, *Nazi hunter*, hrsg. von David C. Gross, 2. Aufl., Haifa [ca. 1987]; polemisch: Eli M. Rosenbaum mit William Hoffer, *Betrayal. The untold story of the Kurt Waldheim investigation and cover-up*, New York 1993; sehr problematisch: Guy Walters, *Hunting Evil*, London 2009; vgl. auch Richard A. Stein, *Documents against words: Simon Wiesenthal's conflict with the World Jewish Congress*, Rotterdam 1992.

²⁹ Nunmehr die Rolle Wiesenthals nüchtern relativierend: Segev, *Wiesenthal*, Kap. 8.

³⁰ Ebenda, S. 197.

³¹ Efraim Zuroff, *Beruf: Nazijäger. Die Suche mit dem langen Atem. Die Jagd nach den Tätern des Völkermordes*, Freiburg i. Br. 1996, S. 30 f.

bination, Konkurrenz und Kooperation mit anderen „Nazijägern“, Forschern, Staatsanwälten und Erhebungspolizisten, Geheimdiensten in Israel und USA, jüdischen Interessenorganisationen etc. Untrennbar damit verbunden war auch seine publizistische und politisch-bildnerische Tätigkeit in Schulen, im Radio, Fernsehen und im Kino. In seinen letzten Lebensjahrzehnten wurde er als eindrucksvoll erzählender „Zeitzeuge“ immer wieder eingeladen. Gewissermaßen war Wiesenthal auch seine eigene Public-Relations-Agentur.

Damit ging die – wie ich das nennen möchte – „Institution Wiesenthal“ noch über die Ludwigsburger „Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ hinaus. Eine solche parastaatliche Institution, wie die Person Wiesenthal sie schließlich darstellte, war in Wien möglich und notwendig, weil die Republik Österreich die Verfolgung von NS-Verbrechen nicht so ernst wie die Länder der Bundesrepublik Deutschland nahm und niemals eine derartige Stelle einrichtete. Wiesenthal stand damit auch aus diesem Grund in einem permanenten strukturellen Gegensatz zu österreichischen Staatsorganen, wie in seinen Konflikten besonders markant mit Bundeskanzler Kreisky³² und Justizminister Broda³³, aber auch mit anderen Staatsfunktionären (auch von der ÖVP) zum Vorschein kam. In der westlichen Welt wurde Wiesenthal seit den 1970er Jahren, später auch in Österreich zu einer moralischen Instanz ersten Ranges,³⁴ die eines Nobelpreises (wie ihn Elie Wiesel erhielt) würdig gewesen wäre und dessen Nicht-Verleihung ihn doch gekränkt zu haben scheint.³⁵ In den 1960er Jahren waren der Ruf und die Bedeutung Wiesenthals jedoch noch nicht so weit, als er daran ging, in Wien sein Dokumentationszentrum aufzubauen.

³² „Insiderisch“: Etzersdorfer, James Bond, S. 39–68; ausgewogen, aber knapp: Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 384–388; unterschiedlich davon: Robert Kriechbaumer, Die Ära Kreisky. Österreich 1970–1983 in der historischen Analyse, im Urteil der politischen Kontrahenten und in Karikaturen von Ironimus, Wien 2004, S. 137–144.

³³ Wenig dazu bei: Maria Wirth, Christian Broda. Eine politische Biographie, Göttingen 2011.

³⁴ Kreisky war es, der sich wegen seiner von jüdischen Seiten kritisierten Nahostpolitik auch durch Wiesenthal herausgefordert sah und seinerseits durch unbewiesene Behauptungen einer Kollaboration Wiesenthals mit der SS dessen moralische Autorität in Frage zu stellen versuchte: Wolfgang Petritsch, Ein biografischer Essay, Wien 2000, S. 118–120; ders., Bruno Kreisky. Die Biografie, St. Pölten 2010, S. 246–249.

³⁵ Diesen Eindruck hatte ich jedenfalls, als ich in den späten 80er Jahren, zurück von Gastprofessuren in USA, wo man Elie Wiesel weithin verehrte, mit Wiesenthal mehrfach Gespräche im universitären und privaten Rahmen in Salzburg führte; siehe nun auch: Seger, Wiesenthal, S. 464–466.

Die durch den Eichmann-Prozess in der Bundesrepublik Deutschland stimulierten Gerichtsverfahren und Urteile gegen NS-Verbrecher erweckten (und bestätigten schließlich) Wiesenthals Optimismus bezüglich eines Umdenkens in der Frage der demokratiepolitischen Verantwortung für die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit durch die bundesdeutsche Justiz. Bezüglich Österreich war damals für Wiesenthal weniger Optimismus angebracht. Hier gab es zwar (seit 1956) insgesamt 34 Prozesse, etwa gegen Franz Murer, die Brüder Maurer und Franz Novak. Sie endeten jedoch überwiegend mit Freisprüchen durch die Geschworenengerichte, ja es kam dabei zu offen antisemitischen Demonstrationen.³⁶ Der von der SPÖ während der ersten großkoalitionären Periode gestellte Justizminister Christian Broda stellte sich schützend vor die Richterschaft, als diese wegen ihrer oft erwiesenen NS-Vergangenheit in der Öffentlichkeit kritisiert wurde.³⁷ Dieser erste offene Konflikt um Österreichs verdrängte NS-Vergangenheit kulminierte 1965 in der Affäre Borodajkewycz³⁸ und in den stürmischen Straßendemonstrationen, die zum Tod eines Antifaschisten führten. Die These, wonach Österreich nichts anderes als ein „Opfer des Nationalsozialismus“ gewesen sei, war vollends zu einer Art Staatsgründungsmythos geworden. Aufgrund dieser „Lebenslüge“³⁹ vermeinten (vor der Waldheim-Affäre) große Teile der Regierenden und der Öffentlichkeit, Österreich habe keine besondere Veranlassung, sich mit den NS-Verbrechen kritisch zu befassen und die Opfer substanziell zu entschädigen.⁴⁰ Außerdem seien viele dieser Verbrechen außerhalb des Staatsgebiets der Republik Österreich verübt worden. Überdies sah man in den ersten Nachkriegsjahren die österreichischen Nazis vornehmlich wegen des Umstandes, dass sie gegen den eigenständigen österreichischen Staat gear-

³⁶ www.nachkriegsjustiz.at/prozesse/geschworeneng/35prozesse56_04.php (14. 3. 2012); Gabriele Pöschl, (K)ein Applaus für die österreichische Justiz – Der Geschworenprozess gegen Franz Murer, in: Halbrainer / Kuretsidis-Haider (Hrsg.), *Kriegsverbrechen*, S. 297–301.

³⁷ Wirth, Christian Broda, S. 277–304.

³⁸ Gérard Kasemir, Spätes Ende für „wissenschaftlich“ vorgetragenen Essayismus. Die Borodajkewycz-Affäre 1975, in: Michael Gehler / Hubert Sickinger (Hrsg.), *Politische Affären und Skandale in Österreich. Von Mayerling bis Waldheim*, Wien 1995, S. 486–501.

³⁹ Felix Butschek, Österreichs Lebenslügen – oder wie wissenschaftlich ist Geschichtsschreibung?, in: *Europäische Rundschau. Vierteljahrszeitschrift für Politik, Wirtschaft und Zeitgeschichte*, 24. Jg., H. 1 (1996), S. 17–27; siehe dazu: Gerhard Botz, *Lebenslüge – das stimulierende Prinzip: Eine Auseinandersetzung mit neuen Verfechtern der österreichischen „Opferthese“*, in: Ebenda, S. 29–45.

⁴⁰ Bailer-Galanda, *Entstehung der Rückstellungs- und Entschädigungsgesetzgebung*, vor allem Kap. II–V; auch: Thomas Albrich, *Holocaust und Schuldabwehr*, in: Rolf Steininger (Hrsg.), *Österreich im 20. Jahrhundert II*, Innsbruck 1997, S. 76 f.

beitet und nicht, dass sie die sonstige NS-Politik getragen hatten, als inkriminierbar an.⁴¹

Das Österreich-Memorandum

Im März 1966 erlangte bei den Nationalratswahlen die ÖVP die absolute Mehrheit. Die konservative Alleinregierung unter Josef Klaus beendete die 20-jährige erste Große Koalition. Wiesenthal, der politisch der ÖVP zuneigte, scheint nun gehofft zu haben, für seine Anliegen größeres Verständnis zu finden. Er führte verstärkt Gespräche mit hohen Beamten und mit den Ressortchefs des Innen- und des Justizministeriums. Am 12. Oktober 1966 sandte er an Bundeskanzler Josef Klaus den bereits erwähnten Brief und das Memorandum. Schon im Begleitbrief formulierte Wiesenthal massiv, „dass die österreichische Bevölkerung im Grossdeutschen Reich nur 8,5 Prozent ausmachte, der Prozentsatz der Täter aus Österreich aber bedeutend höher liegt. In dem beigeschlossenen Memorandum habe ich die mit zahlreichen Beweisen untermauerte These aufgestellt, dass Österreicher während der NS-Zeit am Tod von etwa drei Millionen Juden schuldig wurden.“

Dies allein war schon ein politischer Paukenschlag und eine Provokation und geeignet, das damals dominierende Geschichtsverständnis Österreichs zum 20. Jahrhundert umzustürzen. Nebenbei ist dieses Schriftstück eine hohe Leistung journalistischer Prägnanz und Rhetorik. Damit versuchte Wiesenthal explizit bei der ihm nahestehenden Regierung dreierlei zu erreichen:

1. eine bedeutende Erhöhung der Zahl der Beamten im Innenministerium, um wie in der Bundesrepublik Deutschland eine intensivierete Verfolgung von NS-Verbrechen einzuleiten,
2. eine Verstärkung des Personals der Staatsanwaltschaften und
3. eine Reform der Schwurgerichtsbarkeit, damit große NS-Prozesse nicht mehr vor Laiengerichten, die zu unverständlichen Freisprüchen führten, stattfinden müssten.⁴²

Mit der letztgenannten Forderung mochte Wiesenthal bei der ÖVP auf Verständnis stoßen, bei der starken sozialdemokratischen Opposition biss er damit jedoch auf Granit und überzog er zweifelsohne auch seine politisch-gesellschaftliche Kompetenz.

⁴¹ Rathkolb, *Die paradoxe Republik*, S. 380.

⁴² Ein erster Überblick: Loitfellner, Simon Wiesenthals „Schuld- und Sühne-Memorandum“, S. 281–287.

Seine Ziele verfolgte er durch das, was man heute eine wohlüberlegte zivile „Vergangenheitspolitik“ nennen könnte: durch fundierte Information und moralischen Druck einerseits auf der Ebene der österreichischen Bundesregierung, andererseits auf der Ebene der breiten österreichischen und internationalen Öffentlichkeiten. Einen Monat später hielt Wiesenthal eine Pressekonferenz ab und publizierte seine Argumente in „Der Ausweg“. Doch das Ergebnis war anders, als Wiesenthal erwartet hatte. Es geschah zunächst wenig bis gar nichts.

Im Rahmen dieses Beitrags interessieren nicht primär die justizpolitischen Versäumnisse Österreichs,⁴³ sondern insbesondere das geschichtswissenschaftliche Potential dieses Briefs und des historisch begründenden I. Teils des begleitenden Memorandums. Stark vereinfacht kann man sagen, dass Wiesenthal Folgendes festgestellt hat:

- Der Anteil der NSDAP-Mitglieder sei, gemessen an der Bevölkerung, in Österreich weit größer als in Deutschland gewesen.⁴⁴
- Es hätten auch „die Ausrottungsmaßnahmen“ [wie Wiesenthal wörtlich schreibt] auf dem Gebiet Österreichs“ begonnen und daher sei der

⁴³ Hellmut Butterweck, *Verurteilt und begnadigt. Österreich und seine NS-Straftäter*, Wien 2003; siehe auch: Anton Pelinka (Hrsg.), *Die Entdeckung der Verantwortung. Die Zweite Republik und die vertriebenen Juden. Eine kommentierte Dokumentation aus dem persönlichen Archiv von Albert Sternfeld*, Wien 1998.

⁴⁴ Diese These trifft nicht zu. Denn bis 1941 waren etwa 20 % der ÖsterreicherInnen, die altersmäßig (ab 18, dann 17 Jahren praktisch bis in mittlere Altersgruppen, NSDAP-intern etwa nur bis zum Alter von 50 Jahren, von Ausnahmen abgesehen) für die Aufnahme in die NSDAP in Frage kamen, oder 8,2 % der gesamten Bevölkerung Parteimitglieder geworden, was oft als Zeichen einer Österreich-spezifischen Beitrittsdynamik zum Nationalsozialismus missverstanden wird – dazu schon: Gerhard Botz, *Strukturwandlungen des österreichischen Nationalsozialismus (1904–1945)*, in: Isabella Ackerl / Walter Hummelberger / Hans Mommsen (Hrsg.), *Politik und Gesellschaft im alten und neuen Österreich. Festschrift für Rudolf Neck zum 60. Geburtstag*, Wien 1981, Bd. 2, S. 163–193, hier 189 f.; in Wirklichkeit ergaben sich solche sozialstatistische „Fakten“ aus dem Bestreben der einzelnen Gauleiter, aus finanziellen und prestigemäßigen Gründen möglichst hohe Mitgliederzahlen aufweisen zu können. Dies besagt aber nicht unbedingt, dass dahinter nicht auch ein spezifisch österreichischer Drang zum Nationalsozialismus wirksam war. Zum Artefaktcharakter der NSDAP-Mitgliederzahlen siehe nunmehr: Gerhard Botz, *Expansion und Entwicklungskrisen der NSDAP-Mitgliedschaft: Von der sozialen Dynamik zur bürokratischen Selbststeuerung? (1933 bis 1945)*, in: *Beruf(ung): Archivar. Festschrift für Lorenz Mikoletzky*, hrsg. von der Generaldirektion des Österreichischen Staatsarchivs, Innsbruck 2011 [= *Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs* 55], S. 1161–1186.

Prozentsatz der Österreicher, die in den Vernichtungsapparat involviert waren, überproportional hoch gewesen.⁴⁵

- Das antisemitische Programm der NSDAP fand auch in Österreich begeisterte Anhänger,⁴⁶ gerade auch wegen der antijüdischen Vordenker Lueger und Schönerer.⁴⁷
- Federführend für die Judenverfolgung waren Eichmann und die von ihm in Wien errichtete „Zentralstelle für jüdische Auswanderung“, die „das Modell für ähnliche Büros in allen von den Deutschen besetzten Ländern bildete“, wodurch auch besonders viele Österreicher an die Hebel der Vernichtungsmaschinerie gelangten.⁴⁸
- Österreicher waren im sog. Generalgouvernement besonders stark tätig, weil die NS-Führung angenommen habe, die Österreicher seien polizeilich besonders geschult und hätten hier seit der Habsburgerzeit einen guten Ruf. Aus diesem Grund schickte man hierher „weit mehr Österreicher als Deutsche, vor allem Verwaltungsbeamte und Polizisten“. Jedoch: „Die Trennlinie zwischen Verwaltungs- und Kontroll-

⁴⁵ Siehe grundlegend Hans Safrian, *Eichmann und seine Gehilfen*, Frankfurt/M. 1995. Die „staatliche“ Eigeninitiative dabei besonders herausarbeitend, siehe nun: ders., *Kein Recht auf Eigentum. Zur Genese antijüdischer Gesetze im Frühjahr 1938 im Spannungsfeld von Peripherie und Zentrum*, in: Katharina Stengel (Hrsg.), *Vor der Vernichtung. Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus*, Frankfurt/M. 2007, S. 245–262, vor allem S. 249 f.; vgl. auch z. T. schon bei Gerhard Botz, *Nationalsozialismus in Wien. Machtübernahme, Herrschaftssicherung, Radikalisierung 1938/39*, Wien 2008, S. 126–146, 311–342.

⁴⁶ Besonders radikalisiert und in einflussreiche SS-Positionen bringend wirkte sich aus, dass während der Verbotsperiode (1933–38) 11.000 „Illegale“ ausgebürgert wurden und (mit anderen) ins nationalsozialistische Reich flüchteten und dort in der „Österreichischen Legion“ (insgesamt 13.000 bis 16.000 österreichische Nazis) zusammengefasst und schließlich zu einem großen Teil in die SS überführt wurden, siehe: Hans Schafranek, *Söldner für den Anschluss. Die Österreichische Legion 1933–1938*, Wien 2011, S. 46 f.

⁴⁷ Siehe etwa: Andrew G. Whiteside, *Georg Ritter von Schönerer. Alldeutschland und sein Prophet*, Graz 1981; Peter Pulzer, *Spezifische Momente und Spielarten des österreichischen und des Wiener Antisemitismus*, in: Gerhard Botz / Ivar Oxaal / Michael Pollak / Nina Scholz (Hrsg.), *Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert*, 2., neu bearb. u. erw. Aufl., Wien 2002, S. 129–146, 400 f.; John W. Boyer, *Karl Lueger (1844–1910). Christlich-soziale Politik als Beruf*, Wien 2010 [= *Studien zu Politik und Verwaltung* 93].

⁴⁸ Vgl. Gabriele Anderl / Dirk Rupnow / Alexandra-Eileen Wenck, *Die Zentralstelle für Jüdische Auswanderung als Beraubungsinstitution*, Wien 2004 [= *Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission* 20, 1].

aufgaben und der planmässigen Vernichtung ‚unerwünschten‘ Menschenlebens verschwand rasch.“ „Tausende Österreicher in den verschiedensten Positionen⁴⁹ innerhalb der SS, der Polizei, der Gendarmerie und der Verwaltung“ wurden involviert,⁵⁰ „als das große Morden begann.“

- Die „Aktion Reinhard“ [auch: „Aktion Reinhardt“], der „1,8 bis 2,2 Millionen Juden zum Opfer fielen“,⁵¹ wurde vom Kärntner Odilo Globocnik geleitet und seinem Stab gehörten über 25 „durchwegs namentlich bekannte Österreicher an,⁵² von denen heute mehrere in Freiheit leben“, schrieb Wiesenthal damals. Franz Stangl war Kommandant in Treblinka, Otto Gustav Wächter Gouverneur im Distrikt Galizien und weitere 65 Österreicher, die in Vernichtungslagern tätig waren, seien „gerichtsbekannt“, jedoch nur einer davon befand sich damals in Haft.
- In der Schutzpolizei, in den Polizeibataillonen, in der Geheimen Feldpolizei, in den Kommandos der Sicherheitspolizei, bei der Gestapo und in den Einsatzgruppen⁵³ waren zahlreiche (nicht strafrechtlich verfolgte) Österreicher an Massenmorden im „Osten“ und auf dem

⁴⁹ Zu einer fundierten Auseinandersetzung mit den in der Literatur kursierenden verschiedenen Zahlen, insbesondere zu den überzogenen (bei Ernst Hanisch und John Weiss) oder untertriebenen (bei French L. MacLean und Roman Sandgruber) Zahlen siehe: Perz, *Der österreichische Anteil*, S. 224 f.

⁵⁰ Diese erstaunlich nüchterne Feststellung nimmt heute (seit der neuen Täterforschung) wieder höchst aktuelle Aussagen vorweg.

⁵¹ In einem Brief vom 11. 11. 1970 an Broda reduzierte Wiesenthal diese Schätzung unter Bezugnahme auf Wolfgang Scheffler (vermutlich: *Judenverfolgung im Dritten Reich*, Berlin 1964) auf 1,7 Millionen, Mappe „grün“, „Österreich-Memorandum“ im ADBjV; vgl. 1,75 Millionen nach Wolfgang Benz / Hermann Graml / Hermann Weiß (Hrsg.), *Enzyklopädie des Nationalsozialismus*, München 1997, S. 354 f.; nunmehr eine auch von Wiesenthal übersehene Dimension, siehe: Bertrand Perz / Thomas Sandkühler, *Auschwitz und die „Aktion Reinhard“ 1942–45. Judenmord und Raubpraxis in neuer Sicht*, in: *Zeitgeschichte*, 26. Jg., H. 5 (1999), S. 283–316.

⁵² Detailliert: Joseph Poprzeczny, *Odilo Globocnik, Hitler’s man in the East*, Jefferson, NC, 2004, S. 89–160.

⁵³ Siehe: Thomas Geldmacher, *„Wir als Wiener waren ja bei der Bevölkerung beliebt“*. Österreichische Schutzpolizisten und die Judenvernichtung in Ostgalizien 1941–1944, Wien 2002, und: Josef Fiala, *„Österreicher“ in den SS-Einsatzgruppen und SS-Brigaden. Die Vernichtungsaktionen in den besetzten Gebieten der Sowjetunion 1941–1942*, ungedr. Magisterarbeit, Institut für osteuropäische Geschichte, Universität Wien 2009, S. 71–93; dazu unergiebig (und ungenau): French L. MacLean, *The Field Men. The SS Officers Who Led the Einsatzkommandos – the Nazi Mobile Killing Units*, Atglen, PA, 1999.

„Balkan“ beteiligt;⁵⁴ auf österreichischem Gebiet beteiligten sich Hunderte von Volkssturmmännern an der Ermordung von ZwangsarbeiterInnen und Juden und Jüdinnen während der „Todesmärsche“.⁵⁵

- In den Ghettos Warschau,⁵⁶ Wilna, Riga und an anderen Orten in den besetzten Ostterritorien waren Österreicher an den Judenmorden beteiligt, ebenso als SS-Ärzte, Kommandanten und Wachleute in den Konzentrationslagern.⁵⁷
- Das Reichskommissariat für die besetzten Niederlande war für die Ermordung von 150.000 NiederländerInnen, darunter 110.000 Juden und Jüdinnen, verantwortlich; es stand unter der Führung des vormaligen „Anschluss“-Bundeskanzlers Seyss-Inquart und seiner großteils aus Österreich kommenden Mitarbeiter („Donauklub“).⁵⁸ In ganz Europa habe an den nazistischen Mordaktionen „eine weitaus größere Zahl von Österreichern und mit mehr Verantwortung teilgenommen [...], als allgemein angenommen wird“.⁵⁹

Und Wiesenthal beendete den eher historisch-deskriptiven Teil als starkes Argument für seine politischen Forderungen nach „Maßnahmen der österreichi-

⁵⁴ Siehe Walter Manoschek, „Serbien ist judenfrei“. Militärische Besatzungspolitik und Judenvernichtung in Serbien 1941/42, 2. Aufl., München 1995. Zu den Schwierigkeiten in der BRD: Stefan Klemp, Zum gegenwärtigen Stand der Ahndung von NS-Verbrechen in Deutschland, in: Halbrainer / Kuretsidis-Haider (Hrsg.), Kriegsverbrechen, S. 136–147, hier 139 ff.

⁵⁵ Eleonore Lappin, Die Rolle der Waffen-SS beim Zwangsarbeitseinsatz ungarischer Juden im Gau Steiermark und bei den Todesmärschen ins KZ Mauthausen (1944/45), in: Jahrbuch 2004. Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Münster 2004, S. 77–112; dies., Die Todesmärsche ungarischer Juden durch Österreich im Frühjahr 1945, in: www.ejournal.at/essay/todmarsch.html (11. 11. 2008), 6; auch: Dies., The Death Marches of Hungarian Jews Through Austria in the Spring of 1945, in: *Yad Vashem Studies* 28 (2000), S. 203–242.

⁵⁶ Vgl. French L. MacLean, *The Ghetto Men. The SS Destruction of the Jewish Warsaw Ghetto – April–May 1943*, Atglen, PA, 2001, S. 16–51.

⁵⁷ Vgl. nunmehr: Stefan Hördler, Die KZ-Wachmannschaften in der zweiten Kriegshälfte, in: Angelika Benz / Marija Vulesica (Hrsg.), *Bewachung und Ausführung. Alltag der Täter in nationalsozialistischen Lagern*, Berlin 2012, S. 127–145.

⁵⁸ Immer noch: Hendricus J. Neumann, *Arthur Seyß-Inquart*, Graz 1970; siehe auch Tuviah Friedman (Hrsg.), *Die zwei Nazi-Bonzen, Seyss-Inquart und Hanns Rauter regierten in Holland während der Nazizeit 1940–1945. Eine [ungedruckte] dokumentarische Sammlung von SS-Dokumenten / Institute of Documentation in Israel for the Investigation of Nazi War Crime*, Haifa 1995.

⁵⁹ Memorandum, S. 14; vorher S. 1 ff.

schen Justiz zur Sühne dieser Verbrechen“ mit seiner, wie er schrieb, „erschütternden Bilanz: Mindestens drei Millionen ermordete Juden gehen zu Lasten der an den Verbrechen beteiligten Österreicher“.⁶⁰

Als „gutem Österreicher“, sagte er, gehe es ihm auch darum, der im Ausland geäußerten Kritik an der mangelhaften österreichischen NS-Aufarbeitung zu begegnen. „Wenn aber dieses Problem ungelöst bleibt, macht sich Österreich eines Versäumnisses vor der Geschichte schuldig und belastet sein Ansehen für alle Zeit“, schrieb er, und übernahm einen Teil der österreichischen – bis heute geltenden – offiziellen Lesart:

„Gewiss existierte der österreichische Staat zu jener Zeit des grossen Mordens nicht mehr. Gewiss trägt er als solcher keine Verantwortung für das Geschehen ausser jener, dass er nicht in der Lage war, seine eigenen Bürger zu schützen. Aber der glücklicherweise neu erstandene Staat bedarf für sich des geschichtlichen Beweises, dass er alles unternommen hat, um der Gerechtigkeit zum Durchbruch zu verhelfen.“⁶¹

Wirkungen

Die öffentliche Reaktion nicht nur der SPÖ, sondern auch der ÖVP-Minister auf das Österreich-Memorandum muss für Wiesenthal ernüchternd gewesen sein. Zwar wurde Wiesenthal von verschiedenen österreichischen Politikern empfangen, geschehen ist von ihrer Seite fast nichts. Wiesenthal beklagte noch 1995 im Fernsehen:

„Klaus sagte mir, nachdem er es [das Memorandum] gelesen hat, hat er zwei schlaflose Nächte gehabt. Der Justizminister [Hans Klecatsky] hat mich zu einem Gespräch eingeladen und sagte, was Sie gemacht haben, ist eine Dissertation, und ich habe vieles davon gewußt, aber nicht so konzentriert, wie Sie das gebracht haben, aufgeteilt in verschiedene Stadien. Und das Innenministerium hat gesagt, der Innenminister [Franz Hetzenauer] werde mir eine Antwort geben auf das Memorandum: Die habe ich bis zum heutigen Tag nicht bekommen.“⁶²

Es waren also nicht die SPÖ-Politiker allein, die Wiesenthals Anliegen boykottierten, wie Wiesenthal in den 70er und 80er Jahren – gegen Kreisky und

⁶⁰ Ebenda, S. 15.

⁶¹ Begleitbrief an Klaus vom 12. 10. 1966, Bl. 3.

⁶² Wiesenthal, Zeitzeugen, S. 411.

Broda gewandt – behauptete. Auch die Reaktion der österreichischen Presse war entmutigend bis beschämend. Die sozialdemokratischen Zeitungen reagierten zurückhaltend bis ablehnend, in vielen ÖVP-Zeitungen und dieser weltanschaulichen Richtung nahe stehenden Presseorganen wurde Wiesenthal heftig attackiert. So forderte Thomas Chorherr in der „Presse“ einen „Schlußstrich bis 1970!“ (Damit wären es seit 1945 25 Jahre bis zur Verjährung von Kriegsverbrechen gewesen, die schließlich doch unterblieb.) Noch ablehnender waren erwartungsgemäß die Reaktionen im Lager der FPÖ und des Rechtsextremismus,⁶³ aber auch bei diversen Lokalzeitungen in den Bundesländern. Der Wiener „Kurier“ stellte eher eine positive Ausnahme dar und forderte am 3. November 1966: „NS-Verbrechen immer verfolgen!“. Die KPÖ spielte die von Wiesenthal aufgezeigte Rolle der Österreicher im Nationalsozialismus herunter und folgte damit einer Linie, die auch in vielen kommunistischen Ländern Osteuropas dominierte.

Positiv waren die Reaktionen meist im westlichen Ausland; besonders in den Niederlanden, in der Schweiz, in den USA und in Israel wurden Wiesenthals Thesen zustimmend aufgegriffen; etwa in der amerikanischen Zeitschrift „Commentary“⁶⁴ erschien ein bemerkenswerter Artikel des österreichischen Journalisten Paul Lendvai: „New Austria and old Nazis“. In der Bundesrepublik Deutschland waren die Reaktionen sehr unterschiedlich, doch eher zustimmend als in Österreich.⁶⁵

Die österreichischen jüdischen Kultusgemeinden ignorierten Wiesenthals Initiative weitgehend.⁶⁶ In den vorausgegangenen Kultusgemeindewahlen hatte eine von Wiesenthal gegründete konservative Fraktion eine beachtliche Minderheitenposition gegen die noch sozialistisch orientierte Mehrheit erlangt; die daraus entstehenden Konflikte innerhalb der jüdischen Gemeinde waren einer Anerkennung der Thesen Wiesenthals nicht förderlich. Ebenso gegen Wiesenthal wurde die unter österreichischen Juden und Jüdinnen dieser Zeit dominierende These eingesetzt, dass ein offenes Aufgreifen der österreichischen NS-Problematik nur den ohnehin vorhandenen Antisemitismus verstärken würde. Erst un-

⁶³ Siehe dazu noch camouffiert nach Wiesenthals Tod durch den Verein zur Förderung Volkstreuen Schrifttums in Österreich: Robert H. Drechsler, Gedenkbuch Simon Wiesenthal 1908–2005. Dokumentation, Wien 2005.

⁶⁴ September 1967, S. 81–87, Kopie in Mappe „rot“, „Österreich-Memorandum“ – diverse Zeitungsausschnitte im ADBjV; vgl. auch: Helga Embacher / Margit Reiter, Gratwanderungen. Die Beziehungen zwischen Österreich und Israel im Schatten der Vergangenheit, Wien 1998.

⁶⁵ Aufgrund einer kursorischen Sichtung der Materialien in Wiesenthals Mappen, „Österreich-Memorandum“, vor allem Mappe „grün“ im ADBjV.

⁶⁶ Evelyn Adunka, Die vierte Gemeinde. Die Geschichte der Wiener Juden von 1945 bis heute, Berlin–Wien 2000, S. 283.

ter der SPÖ-Alleinregierung der 70er Jahre begann sich diese Haltung der österreichischen jüdischen Vertreter zu ändern.⁶⁷ Am 11. November 1970 wandte sich Wiesenthal in einem ausgefeilten Brief wiederum an den österreichischen Justizminister, in der SPÖ-Minderheitsregierung nunmehr wieder Christian Broda, und setzte sich gegen persönliche Angriffe (auch des Unterrichtsministers Leopold Gratz) gegen ihn und die Versuche, seine „Tätigkeit der Verfolgung von Naziverbrechen in der Öffentlichkeit“ zu verteufeln,⁶⁸ zur Wehr. Hier führte er wiederum das Versagen der Justiz bei der Verfolgung der verschiedenen Verbrechenkomplexe an, die er nunmehr zahlenmäßig präziserte.⁶⁹ Kreisky selbst, der die FPÖ und deren Klientel für eine Regierungsunterstützung hofierte, nahm die ehemaligen Nazis in seiner Regierung in Schutz und attackierte Wiesenthal in einer beleidigenden und unfairen Weise, als dieser die SS-Vergangenheit des FPÖ-Vorsitzenden Friedrich Peter offenlegte.⁷⁰

Auch unter den zeitgenössischen Geschichts- und Sozialwissenschaftlern war die Resonanz auf Wiesenthals Österreich-Memorandum praktisch null.⁷¹ Nur der Kulturhistoriker und Publizist Friedrich Heer, den Wiesenthal sehr schätzte,⁷² zitierte es in seinem Hitler-Buch von 1968⁷³ und erwähnte es in seinen Vorlesungen an der Wiener Universität. Die sich erst institutionalisierende Zeitgeschichte und die Widerstandsforschung hielten sich zurück, klammerten entweder die ganze NS-Periode aus oder konzentrierten sich auf Themen der Unterdrückung Österreichs und der Österreicher und Österreicherinnen unter dem Nationalsozialismus. (Dies gilt sowohl für die Universitätsinstitute als auch das DÖW). Auch die ausländische Historiographie scheint von Wiesenthals his-

⁶⁷ Helga Embacher, Neubeginn ohne Illusionen. Juden in Österreich nach 1945, Wien 1995, S. 252 ff.

⁶⁸ Dazu distanziert auch: Petritsch, Kreisky, S. 180 f.; Heinz Fischer, Die Kreisky-Jahre 1967–1983, Wien 1993, S. 144–147; siehe: Kriechbaumer, Ära Kreisky, S. 137–144.

⁶⁹ Das bisher nicht bekannte Schreiben vom 11. 11. 1970 in: Mappe „grün“, „Österreich-Memorandum“ im ADBjV.

⁷⁰ Grundlegend: Ingrid Böhler, „Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk.“ Die Kreisky-Peter-Wiesenthal-Affäre 1975, in: Gehler / Sickinger (Hrsg.), Politische Affären. S. 502–531; vgl. Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 383–388; siehe dazu auch das Interview Helene Maimanns: Oliver Rathkolb, „Er war, was man sehr selten bei Politikern findet, ständig auf der Suche nach Wahrheit“, in: Helene Maimann, Über Kreisky. Gespräche aus Distanz und Nähe, Wien 2011, S. 33 f.

⁷¹ Auch seine österreichisch-britische Biografin sah dies nicht: Pick, Wiesenthal.

⁷² Explizit auch im Interview vom 20. 6. 1991.

⁷³ Friedrich Heer, Der Glaube des Adolf Hitler. Anatomie einer politischen Religiosität, München 1968, S. 603, 624 etc.

toriographischen Thesen keine Notiz genommen zu haben, weder die deutschen Zeitgeschichtler noch so fundierte Holocaust-Forscher wie Raul Hilberg bezogen sich auf das Österreich-Memorandum.

Erst allmählich diffundierten die Gedanken Wiesenthals unter den österreichischen neueren Zeithistorikern im Laufe der 70er und 80er Jahre, wie im Einzelnen ist unklar. Ich selbst habe im Zuge dieses Umdenk-Prozesses früh viele seiner Ideen übernommen,⁷⁴ andere folgten oder entwickelten das neue zeitgeschichtliche Paradigma, vor allem unter dem Eindruck der Waldheim-Affäre seit 1986, in einer ähnlichen Richtung weiter,⁷⁵ so etwa Hans Safrian, Walter Manoschek, Anton Pelinka, Karl Stuhlpfarrer, Bertrand Perz und Florian Freund sowie Ernst Hanisch, Helmut Konrad und die nachwachsende Generation von HistorikerInnen (wie Albert Lichtblau, Helga Embacher, Wolfgang Meixner, Kurt Bauer, Hans Schafranek, Margit Reiter und viele andere). Schon früher hatte eine Anzahl ausländischer Historiker, wie Peter Pulzer, Fred Parkinson, Evan Bukey und Robert Knight, ähnliche Positionen vertreten.⁷⁶

Wiesenthal hatte eine fundamentale Veränderung der historischen Interpretation des Nationalsozialismus in Österreich vorbereitet, die in den 80er und 90er Jahren auch von einem großen Teil der jüngeren Generation von Zeithistorikern und Zeithistorikerinnen übernommen wurde und schließlich in den Veröffentlichungen der Österreichischen Historikerkommission systematisch auftauchte. Interessanterweise legte Wiesenthal selbst in keinem seiner Bücher in kompakter Form seine Memorandum-Thesen dar, indirekt sind sie jedoch oft darin spürbar. Er hat seine primäre Aufgabe im Aufspüren krimineller Handlungen und im Aufklären über die NS-Vergangenheit gesehen, während er seine historischen Interpretationen eher hinter den Kulissen der Politik und der offiziellen Geschichtswissenschaft zu ventilieren suchte. Als Historiker im professionellen Sinn hat er

⁷⁴ Siehe meine Artikel, etwa: Eine deutsche Geschichte 1938 bis 1945?, in: *Zeitgeschichte* 14. Jg., Nr. 1 (1986), S. 30, auch 28 f., und: Österreich und die NS-Vergangenheit. Verdrängung, Pflichterfüllung, Geschichtsklitterung, in: Dan Diner (Hrsg.), *Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit*, Frankfurt/M. 1987, S. 141–152, 276–279.

⁷⁵ Siehe die Beiträge einer Reihe österreichischer HistorikerInnen in: Gerhard Botz / Gerald Sprengnagel (Hrsg.), *Kontroversen um Österreichs Zeitgeschichte. Verdrängte Vergangenheit, Österreich-Identität, Waldheim und die Historiker*, Frankfurt/M. 1994 [= *Studien zur historischen Sozialwissenschaft* 13].

⁷⁶ Etwa: Robert Knight (Hrsg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945–52 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt/M. 1988; Fred Parkinson (Hrsg.), *Conquering the past. Austrian Nazism: yesterday & today*, Detroit, Mich., 1989; Evan Burr Bukey, *Hitler's Austria. Popular sentiment in the Nazi era, 1938–1945*, Chapel Hill, NC, 2000.

sich nie verstanden. Eine volle historiographische Würdigung dieses Dokuments ist bis heute ausgeblieben.

Aus gegenwärtiger geschichtswissenschaftlicher Sicht präsentiert sich dieses Memorandum Wiesenthals immer noch als ein überaus klarsichtiges Dokument, das den Wissensstand der in den internationalen Prozessen gegen NS-Verbrecher angehäuften Informationen und Diskussionsstränge bündelte.⁷⁷ Wiesenthal war im Gegensatz zu den allermeisten seiner österreichischen ZeitgenossInnen davon genau informiert und vergangenheitspolitisch höchst motiviert, sein Detailwissen in einigen großen Thesen zur überproportionalen Vertretung von Österreichern unter den NS-Tätern und zu deren im Vergleich mit Deutschland geringeren strafrechtlichen Verurteilungsquote zusammenzufassen, Themen, vor denen die damalige, erst entstehende zeitgeschichtliche Fachwissenschaft aus politischer Befangenheit und wissenschaftstheoretischer Begrenztheit zurückscheute⁷⁸ und die auch heute noch zum Teil (empört) zurückgewiesen werden.

Manche der Thesen des Wiesenthal-Memorandums sind von der neueren historischen Täter-Forschung⁷⁹ ergänzt, präzisiert oder weiterentwickelt, auch in einigen Punkten richtiggestellt worden. Täter-Forschung hat sich gerade seit den späten 1990er Jahren als dynamisches, umfassendes und multidisziplinäres Forschungsfeld der Geschichte des Nationalsozialismus und der extremen Gewaltphänomene im 20. Jahrhundert etabliert, weit über den engen, an strafrechtlicher Sühne orientierten individualistischen und intentionalen Handlungsbegriff, von dem Wiesenthal immer ausging, hinaus.⁸⁰ Von hier aus konnte und wollte

⁷⁷ Siehe Michael Lingens, Vorwort, in: Wiesenthal, *Recht*, S. 36 f.

⁷⁸ Vgl. Michael Gehler, *Zeitgeschichte zwischen Europäisierung und Globalisierung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 51–52 (2002), www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/26545/zeitgeschichte (12. 3. 2012), Teil IV.5.

⁷⁹ Trotz der mehrfachen Problematik verwende ich in diesem Beitrag den Begriff „Täter“ ohne Anführungszeichen, da er nicht bloß in einer strafrechtlichen Perspektive in Zusammenhang mit NS-Verbrechen notwendig ist; sinnvoll ist er selbst aus der viel weiteren und interaktionistischen, historisch-anthropologischen Sicht der neueren Täter-Forschung, die sich als geschichtswissenschaftlich ergiebig erweist, da er *agency* und Handlungsspielräume in die Erklärungsansätze eingehen lassen kann (siehe: Michael Wildt, *Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939*, Hamburg 2007, und die in der folgenden Fußnote genannte Literatur).

⁸⁰ Gerhard Paul / Klaus-Michael Mallmann, *Sozialisation, Milieu und Gewalt. Fortschritte und Probleme der neueren Täterforschung*, in: dies. (Hrsg.), *Karrieren der Gewalt. Nationalsozialistische Täterbiographien*, Darmstadt 2004, S. 1–32; Harald Welzer, unter Mitarb. v. Michaela Christ, *Täter. Wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden*, Frankfurt/M. 2005; Peter Longerich, *Tendenzen und Per-*

Wiesenthal auch die gesellschaftsgeschichtliche Verschränkung von dispositiven und jeweils situativen Faktoren nicht auflösen. Es war auch nicht falsch, ideologische und kulturelle Prädisposition, Sozialisation und antisemitische Prägung zu beachten und die personellen „Karrieren“ und institutionellen Instrumente des direkten Täter-Personals der NS-Massenmordpolitik im Auge zu behalten. Aber die gleitenden Übergänge von allen Arten von (Mit-)Täterschaft, Zu- und Wegsehen,⁸¹ ja sogar unfreiwilliger Komplizenschaft und erzwungener Mitwirkung, alles aber in wechselnden sozialmoralischen Rahmenordnungen („Referenzrahmen“),⁸² interessierten Wiesenthal nicht; er zeigte daher „kleinen Nazis“ gegenüber, sofern sie sich von der NS-Vergangenheit distanziert hatten, Nachsicht und begegnete den Nachkommen der NS-Generationen mit keinerlei „kollektiver“ Ablehnung. Ebenso scheint er, anders als manche anderen Überlebenden, Verständnis für die tragischen Ambivalenzsituationen, in denen sich Funktionshäftlinge und Kapos oft in der Überlebenskonkurrenz befanden, gehabt zu haben, sofern sie sich nicht direkter Mittäterschaft schuldig gemacht hatten. Auch das Ausmaß, in dem die Wehrmacht in den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg involviert war,⁸³ übersah Wiesenthal, und er mochte deshalb auch anfangs die Rolle Waldheims darin unterschätzt haben, was ihm vor allem von einigen amerikanischen jüdischen Organisationen und deren Sprechern übel genommen wurde.⁸⁴ Wiesenthal klammerte damit auch die Gruppe der Öster-

spektiven der Täterforschung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 14–15/2007, S. 3–7; siehe auch: Michael Wildt, *Generation des Unbedingten. Das Führungskorps des Reichssicherheitshauptamtes*, Hamburg 2002, und Gerhard Paul (Hrsg.), *Einführung*, in: ders. (Hrsg.), *Die Täter der Shoah. Fanatische Nationalsozialisten oder ganz normale Deutsche?*, Göttingen 2002, S. 13–90.

⁸¹ Klassisch: Raul Hilberg, *Täter, Opfer, Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933–1945*, Frankfurt/M. 1992.

⁸² Siehe dazu: Welzer, *Täter*, S. 247, 268.

⁸³ Allgemein siehe: Christian Hartmann / Johannes Hürter / Ulrike Jureit (Hrsg.), *Verbrechen der Wehrmacht. Bilanz einer Debatte*, München 2005, und die gehaltvollen Beiträge in: Rolf-Dieter Müller / Hans-Erich Volkmann (Hrsg.), *Die Wehrmacht. Mythos und Realität*, München 1999; siehe auch: Christian Hartmann, *Wehrmacht im Ostkrieg. Front und militärisches Hinterland 1941/42*, München 2009, S. 469–788.

⁸⁴ Massive Angriffe nicht nur wegen Wiesenthals Überbetonung seiner Rolle beim Aufspüren von Eichmann und anderen NS-Verbrechern, sondern auch als Verteidiger Waldheims siehe: Rosenbaum / Hoffer, *Betrayal*; ich selbst habe 1994 für den Verlag Kremayr & Scheriau in einem Gutachten von einer deutschen Ausgabe dieses Buches abgeraten. Polemiken wie die Ralph Blumenthals (*Book on Waldheim Says Wiesenthal Helped Him*, in: *New York Times, International*, 12. 9. 1993) gab es schon vorher (So wurde ich bei einem Vortrag in San Francisco im Juni 1987 wegen

reicher, die als Soldaten an Kriegsverbrechen beteiligt waren,⁸⁵ vollkommen aus. Wie er mir in einem persönlichen Gespräch im Herbst 1987 erklärte, als ich versuchte, ihn – vergeblich – für eine Unterschriftenaktion gegen Waldheim zu gewinnen, ging es ihm eben nicht um strukturelle (eventuell: potenzielle) Mittäterschaft und das billigende Zusehen, sondern um ganz persönliche, strafrechtlich relevante Handlungen.

So ist sein Memorandum von 1966 als Ganzes noch von dauerhafter Bedeutung, und zwar auf drei Ebenen:

1. Es ist eine Quelle ersten Ranges für einen der wenigen frühen Versuche, Österreichs NS-Vergangenheit kritisch aufzuarbeiten, sowohl justiziell als auch publizistisch.
2. Es ist eine immer noch nicht vollständig überholte Beschreibung und Analyse der österreichischen Rechtsgeschichte zu den NS-Verbrechen (vor allem im Teil II).
3. Historiographiegeschichtlich ist das Österreich-Memorandum (vor allem im Teil I, auf den ich mich hier konzentriere) mindestens 20 Jahre dem damaligen fachwissenschaftlichen Wissens- und Diskussionsstand voraus gewesen, und zwar aus folgenden Gründen:
 - Wiesenthal stellte hier völlig neue Fragen an die österreichische Geschichte, gegen die dominanten Meinungen (Opfer-These) seiner Zeit;
 - er versuchte eine Strukturierung und Analyse der österreichischen NS-Geschichte;
 - er legte damit implizit ein Forschungsprogramm vor, das nicht nur damals wert gewesen wäre, verfolgt zu werden, sondern auch heute noch einen Ansatz für weitere Forschungen darstellen kann, und
 - er gab schon als Antwort darauf Thesen vor, die heute teils so etwas wie geschichtswissenschaftlicher Konsens geworden, teils aber immer noch heftig umstritten sind, wie seine Schätzung von den drei Millionen durch Beteiligung von Österreichern ermordeten Juden und Jüdinnen.

meiner positiven Verweise auf Wiesenthal aus dem Auditorium als Waldheim-Verteidiger beschimpft) als auch noch 2009 (Guy Walters, *The head Nazi-hunter's trail of lies*, in: *Sunday Times, News Review*, 30. 7. 2009).

⁸⁵ Zu Österreichern siehe Walter Manoschek / Hans Safrian, *Österreicher in der Wehrmacht*, in: Emmerich Tálos / Ernst Hanisch / Wolfgang Neugebauer / Reinhard Sieder (Hrsg.), *NS-Herrschaft in Österreich. Ein Handbuch*, Wien 2000, S. 123–158, hier 137 ff.

Die These von den drei Millionen kann man auch primär als einen wohl überlegten dramaturgischen Schlusspunkt in Wiesenthals Argumentation für die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen Österreichs zur Aufklärung und Verurteilung von durch Österreicher begangene NS-Verbrechen verstehen. In dieser Hinsicht steht sie innerhalb des bekannten, hier nur angedeuteten gesamtnationalen Opfer-Täter-Diskurses und dessen seit 1945 auf- und abschwelenden Konjunkturen und Pendelausschlägen.⁸⁶ Sie wurde dann – vor allem seit den 1980er Jahren und von ausländischen Interessengruppen – auch als politikmoralisches Druckmittel auf die österreichische Öffentlichkeit und Regierung verwendet und zielte auf die Erlangung von (mehr) Entschädigungszahlungen und -leistungen an Juden und Jüdinnen. (Andere Opfergruppen, außer „Zigeunern“ und „Russen“, waren bei Wiesenthal damals kaum im Denkbereich.) Im Hintergrund stand als Bezugspunkt immer die Bundesrepublik Deutschland, die die Verantwortung als so genannte „Täter-Nation“ und die daraus abgeleiteten finanziellen und außen- und rechtspolitischen Verpflichtungen – weitgehend – übernommen hatte.

Die Gültigkeit der „österreichischen Täter-These“

Als geschichtswissenschaftliche Feststellung hat die 3-Millionen-These – wenn wörtlich genommen – belegmäßig berechtigte Zweifel und methodische Kritik hervorgerufen.⁸⁷ Meine These ist aber, dass diese Aussage Wiesenthals in ihrem Kern nicht unrichtig ist; denn Österreicher haben ganz wesentlich zum Funktionieren des NS-Systems beigetragen und dessen Verfolgungs- und Vernichtungsmaßnahmen mitgetragen. Dabei ist aber auch zu bedenken, dass solche individuellen und Gruppen-Akteure, die in Österreich geboren, meist auch hier politisch sozialisiert und mit künftig abrufbaren Handlungsorientierungen ausgestattet worden waren, als NS-Täter nur in spezifischen, die NS-Verbrechen ermöglichenden Situationen und meist nur in außer- bzw. nichtösterreichischen Gesamtzusammenhängen und räumlichen Kontexten wirksam werden konnten. Ihr unmenschliches Agieren gehört daher auch in den Kontext der gesamten NS-Geschichte.

Die 3-Millionen-These impliziert aber auch, dass die österreichische Beteiligung quantitativ höher einzuschätzen ist, als der Anteil der ÖsterreicherInnen an

⁸⁶ Siehe: Cornelius Lehngut, Ende der „Externalisierung“? Die parteipolitische Auseinandersetzung um die NS-Vergangenheit in Österreich seit der Waldheim-Affäre, politikwissenschaftl. Diss., Univ. Leipzig 2011, vor allem Kap. II, III und V.

⁸⁷ Dazu: Perz, Der österreichische Anteil, S. 223–234.

der Bevölkerung des Dritten Reichs ausgemacht hatten. Diese These wird von einigen Historikern gänzlich verworfen,⁸⁸ zum Teil in ihrer Allgemeinheit abgelehnt, da es notwendig sei, nach Täter-Gruppen, Tatzeitpunkten und -orten zu differenzieren. Wie schon Wiesenthal selbst unterscheidet auch der amerikanische Offizier und Militärhistoriker French L. MacLean in seinen Büchern drei Kategorien von rangmäßig verantwortlichen Direkt-Tätern der NS-Massenmorde: die 967 SS-Offiziere, die (nachweislich) in Konzentrations- und Vernichtungslagern Dienst taten, die SS-Offiziere in den Einsatzkommandos (insgesamt 898 Personen) und die 1057 SS- und Polizeimänner (nicht nur Offiziere), die an der Vernichtungsaktion im Warschauer Ghetto beteiligt waren.⁸⁹ Seine meist auf Personalakten⁹⁰ basierenden Publikationen sind zwar nützliche, leider unvollständig erhobene Datensammlungen, die es immerhin gestatten, einige kollektivbiographische Informationen zu gewinnen. Allerdings sind sie nur beschränkt auswertbar und dilettantisch ausgewertet⁹¹ und ergeben für aus Österreich stammende NS-Täter wenig Brauchbares, wie schon eine Seminararbeit von Stefan Kupsa an der Universität Wien nachweisen konnte.⁹²

Eine theoretisch überlegte und die bisher methodisch überzeugendste Vorgehensweise bei der quantitativen Eingrenzung der Täter bei NS-Massenverbrechen hat jedoch der britisch-amerikanische Soziologe Michael Mann⁹³ einge-

⁸⁸ Etwa durch Harry Slapnicka und Roman Sandgruber, zit. nach Perz, Der österreichische Anteil, S. 229 f.

⁸⁹ Siehe oben schon zit.: MacLean, *The Field Men*; ders., *The Ghetto Men*; ders., *The Camp Men. The SS Officers Who Ran the Nazi Concentration Camp System*, Atlgen, PA, 1999.

⁹⁰ Vor allem BDC (heute Bundesarchiv, Berlin, bzw. National Archives, Washington, D.C).

⁹¹ MacLean gesteht auch offen sein fehlendes Wissen und Interesse an grundlegenden statistischen Verfahren ein, obwohl diese für seine Arbeit höchst profitabel gewesen wären: MacLean, *The Camp Men*, S. 270.

⁹² Stefan Kupsa, Biographisch-kritische Analysen zu: French MacLean. *The Camp Men. The SS Officers Who Ran the Nazi Concentration Camp System*, ungedruckte Seminararbeit, Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien 2001 (teilveröffentlicht: www.doew.at/thema/taeter/erhebung.html (12. 3. 2012): Kupsas Bemühungen, aus den Daten MacLeans brauchbare Ergebnisse zu Österreich zu gewinnen, können nicht überzeugen, wenngleich sein Versuch, durch eine besonders vorsichtige Regruppierung nach Österreichern, Deutschen etc. gesicherte Aussagen über die Wiesenthal-These zu gewinnen, beachtenswert ist.

⁹³ Michael Mann, *The dark side of democracy. Explaining ethnic cleansing*, Cambridge 2005; ich folge hier jedoch der verlässlichen Übersetzung von Werner Roller: ders., *Die dunkle Seite der Demokratie. Eine Theorie der ethnischen Säuberung*, Hamburg 2007.

schlagen, indem er von Personen, die wegen Kriegsverbrechen (überwiegend in Deutschland) verurteilt wurden⁹⁴ oder die solcher Taten dringend zu verdächtigen waren, ausgegangen und auf insgesamt 1581 Personen gekommen ist. Seine Ergebnisse veröffentlichte er in einer thematisch weit ausgreifenden Studie darüber, wie es in modernen Gesellschaften, die wenigstens zum Teil schon demokratische Erfahrungen gemacht hatten, zu Genoziden und dem ärgsten davon, zum NS-Massenmord an den Juden und Jüdinnen, kommen konnte. Obwohl er aus seiner makrosoziologischen Perspektive kein besonderes Interesse an der hier erörterten „österreichischen Täter-These“ hatte, ging er von einer guten Kenntnis von deren Grundlagen und Problematik aus. Der Anteil der österreichischen NS-Kriegsverbrecher war für sein allgemeines Erklärungsmodell als Peripherie-Phänomen aber durchaus nicht irrelevant, ohne dass ich schon hier darauf eingehen möchte. Österreichische „Nationalgeschichte“ kann also auch in einem größeren Kontext gesehen werden. Michael Mann hat allerdings nur zu einem geringen Teil seine Daten nach dieser Dimension voll ausgewertet bzw. veröffentlicht, sodass eine quantifizierende Sekundäranalyse eine lohnende Aufgabe sein könnte.⁹⁵

Bevor ich einige konkrete Ergebnisse referieren werde, soll auf einen bisher (fast) immer bei Aussagen von Historikern über den österreichischen Täter-Anteil übersehenen Umstand verwiesen werden, der zum Teil erklärt, warum besonders divergierende und oft auch angreifbare Zahlenwerte und daraus sich ergebende Schlussfolgerungen in den Raum gestellt wurden. Es ist dies nicht so sehr die Frage nach der Anzahl der auf dem Gebiet der Republik lebenden ÖsterreicherInnen zum Zeitpunkt des „Anschlusses“, oder auch 1938/39 nach der Eingliederung der südböhmischen und südmährischen, später auch der (ab 1941 von den Chefs der Zivilverwaltung kontrollierten) slowenischen Grenzgebiete in die „ostmärkischen“ Reichsgaue. Sondern es ist die scheinbar banale Frage nach dem Gesamtumfang der deutschen Bevölkerung von 1937/38 als Bezugsbasis, auf die sinnvollerweise aussagekräftige Prozentwerte bezogen werden.

Das Deutsche Reich hatte 1939 im Gebietsstand von 1937 eine Gesamtbevölkerung von rund 69,31 Millionen, die „Ostmark“⁹⁶ dagegen nur von 6,65 Millionen; demnach machte die „ostmärkische Bevölkerung ca. 8,8 Pro-

⁹⁴ Mann ist sich der Tatsache bewusst, dass mit diesem Verfahren, Bevölkerungen in Ländern, die wie Österreich eine geringere Bereitschaft als die beiden deutschen „Staaten“, NS-Verbrechen zu verfolgen, an den Tag legten, in einem nicht genau angebbaren Umfang unterbewertet sind (Ebenda, S. 321 f., 331).

⁹⁵ Michael Mann hat sich dankenswerterweise bereit erklärt, mir für ein solches Projekt seine noch vorhandenen Daten (auf Lochkarten!) zur Verfügung zu stellen (E-Mail vom 5. 4. 2012).

⁹⁶ Auf dem Gebiet der Republik Österreich von 1937.

zent der gesamten Bevölkerung des „Großdeutschen Reiches“ jener Zeit aus.⁹⁷ (Das Wiesenthal-Memorandum, dessen Zahlen oft übernommen wurden, spricht nur von 8,5 %⁹⁸.) Wenn man aber Michael Mann folgend für die Berechnung der NS-Kriegsverbrecherquoten lediglich die sog. „ethnisch Deutschen“ („Altreichsdeutsche“, deutschsprachige ÖsterreicherInnen, „Sudetendeutsche“ und „Volksdeutsche“, die er auf 14 Millionen schätzt) heranzieht, ergibt sich ein Anteil von nur 7,7 % deutschsprachigen ÖsterreicherInnen an allen „ethnisch Deutschen“, die – der NS-Volkstumsideologie entsprechend – ganz überwiegend den Pool der möglichen NS-Täter darstellten.⁹⁹

Ohne dass Mann die absoluten Zahlen der von ihm ermittelten (ca. 150) österreichischen NS-kriegsverbrecherischen Personen angibt, kann man dennoch seine Prozentwerte in den Zusammenhang meiner Argumentation umrechnen. Man kommt dann zu einem Ergebnis, das insgesamt Wiesenthals „österreichische Täter-These“ bestätigt. Denn statt der (bei einer für Österreicher und alle „Deutschen“ gleichen NS-Täter-Quote) erwartbaren 7,7 Prozent ergeben sich für aus Österreich stammende NS-Verbrecher 10,6 Prozent,¹⁰⁰ was einer Überrepräsentierung von mehr als einem Drittel (!) entspricht.

Aber auch die Zahlen, die von Stefan Kupsa aus den viel weniger verlässlichen Angaben bei MacLean errechnet wurden, sprechen für keine (nennenswerte) Unterrepräsentation der NS-Täter aus Österreich: 7,4 % der KZ-Bewacher im Rang von SS-Offizieren waren demnach in Österreich geboren.¹⁰¹ Damit verliert auch eine Polemik, die Roman Sandgruber 2005, gestützt auf die Rohzahlen von MacLean, gegen die (sicher etwas überzeichnete) „österreichische Täter-These“,

⁹⁷ Zahlen nach: Statistisches Bundesamt, Statistisches Jahrbuch 2007 bzw. Statistik Austria, Lange Reihen, www.statistik-oesterreich.at/web_de/services/index.html (12. 3. 2012).

⁹⁸ Diese Differenz könnte sich daraus ergeben, dass Wiesenthal – anders als Mann – zwar die österreichische Gesamtbevölkerung zum Zeitpunkt des „Anschlusses“ unter Einbeziehung aller österreichischen Juden und Jüdinnen, dafür ohne die „angeschlossenen“ süd-böhmischen und -mährischen Gebiete berechnet.

⁹⁹ ÖsterreicherInnen (ohne die Nichtdeutschsprachigen der Republik und Juden) schätzt Michael Mann auf 6,4 Millionen gegenüber insgesamt 82,3 Millionen „ethnischer Deutschen“ (Mann, Demokratie, S. 329 f.) um 1930/35, was den von mir errechneten Prozentwert ergibt.

¹⁰⁰ Zum selben Ergebnis kommt logischerweise rechnerisch auch: Perz, Der österreichische Anteil, S. 232.

¹⁰¹ Kupsa, Analysen, Abschnitt 3.3. Dieser Autor geht von demselben ÖsterreicherInnen-Anteil an der Bevölkerung des „Großdeutschen Reiches“ wie ich aus (8,8 %), nicht von der Basis, die sich nach Mann ergibt (7,7 %), was kaum mehr eine Unterrepräsentation der NS-„Camp Men“ ergäbe, aber er lässt sich auf unnötige rechnerische Minimal- und Maximal-Spekulationen (6,57–17, 93 %) ein.

wie sie von Helene Maimann in der Belvedere-Ausstellung „Das neue Österreich“ erwähnt wurde,¹⁰² weitestgehend ihren Boden.

Hier kann auf weitere schon bekannte Einzelbefunde nach Täter-Gruppen wie das „Aktion Reinhard“-Personal, den Stab Eichmanns oder die Niederlande-Partie um Seyss-Inquart nicht eingegangen werden.¹⁰³ Erwähnung verdient allerdings auch die Situation bei der Waffen-SS, mit der die Lebensverläufe eines großen Teils der NS-Kriegsverbrecher verknüpft sind. Zwar liegen insgesamt dazu keine verlässlichen Daten vor.¹⁰⁴ Aber eine neuere, bisher in Österreich unbekannt gebliebene französische Studie¹⁰⁵ gibt an, dass im Jahr 1940 im Wehrkreis XVII (Donau) 2232 und im viel bevölkerungsärmeren Wehrkreis XVIII (Alpenland) 2201 Männer für die Waffen-SS rekrutiert wurden.¹⁰⁶ Entfielen in den drei Gauen „Oberdonau“, „Niederdonau“ und Wien¹⁰⁷ auf 10.000 BewohnerInnen durchschnittlich nur 4,9 SS-Rekruten, so war in den vier überwiegend gebirgigen Gauen in Süd- und Westösterreich die entsprechende Zahl jedoch mit 9,6 doppelt so groß. Während in diesem Jahr im gesamten Reichsgebiet im arithmetischen Mittel nur 6,03 Männer je 10.000 BewohnerInnen des betreffenden Wehrkreises in die Waffen-SS neu aufgenommen wurden, betrug vergleichsweise diese Zahl für die „Ostmark“ insgesamt 6,4, was immerhin einer leichten Überrepräsentation entspricht.

Dieses unterschiedliche Bevölkerungsverhalten vis-à-vis der Waffen-SS könnte auf sozialstrukturelle Faktoren zurückzuführen sein, etwa indem sich katholische, mittelbäuerliche und großstädtische Sozialmilieus (wie in Deutschland) mindestens in den ersten Kriegsjahren eher als resistent, „abtrünnig-katholische“¹⁰⁸ und gebirgsbäuerliche Milieus eher als SS-anfällig erwiesen. Als

¹⁰² Siehe: Perz, *Der österreichische Anteil*, S. 225 f.

¹⁰³ Siehe: Ebenda, S. 224 f.

¹⁰⁴ Siehe: Bernd Wegner, *Hitlers politische Soldaten: die Waffen-SS 1933–1945. Studien zu Leitbild, Struktur und Funktion einer nationalsozialistischen Elite*, 2. Aufl., Paderborn 1983, S. 217 (hier ist nur von 48 von aus „Ländern der ehemals österreichisch-ungarischen Monarchie“ stammenden SS-Führern [von insgesamt 582] die Rede).

¹⁰⁵ Jean-Luc Leleu, *La Waffen-SS. Soldats politiques en guerre*, Paris 2007, Kap. 8.

¹⁰⁶ Leider sind die Relativwerte in Tabelle 8 falsch berechnet (ebenda, S. 1100 f.) und mussten von mir hier umgerechnet werden.

¹⁰⁷ Zur Schwäche und späten Entwicklung der SS bis 1932 in Wien: Christiane Rothländer, *Die Anfänge der Wiener SS*, Wien–Köln–Weimar 2012, S. 71–77.

¹⁰⁸ Mann meint mit diesem ungewöhnlichen Wort („renegade catholics“) den (für katholische Gebiete) relativ hohen Anteil an unterdrückten Protestanten, der im Rahmen seines säkularisierungstheoretischen Ansatzes relevant ist. So lautet ein Ergebnis bei Mann, *Demokratie*, S. 336–341, der hier auf den hohen Täter-Anteil im (katholischen) Bayern eingeht.

sicher kann jedoch angenommen werden, dass sowohl die Quote der engagiert nationalsozialistischen „Illegalen“¹⁰⁹ als auch der Anteil der 1933 bis 1937 (oft auch über den Umweg durch Jugoslawien) ins „Altreich“ geflüchteten SA-, SS-Männer und aktivistischen Nazis (oft mit Familienangehörigen) in Kärnten, Steiermark, aber auch Salzburg und Tirol bedeutend höher als in Nord- und Ostösterreich gewesen ist.¹¹⁰ (Möglicherweise bildet sich darin auch die schon zeitgenössische Meinung ab, dass „Hörndlbauern“ wesentlich anfälliger für den Nationalsozialismus waren als „Körndlbauern“.) Solche Nationalsozialisten wurden im illegalen Kampf gegen das autoritäre Österreich und in der „Österreichischen Legion“ in Deutschland stark radikalisiert und später motiviert, in die SS einzutreten, was ihnen wiederum einen „Karriere“-Pfad auch in die Waffen-SS und insgesamt in die Täterschaft an Orten nationalsozialistischer Massenverbrechen öffnete.

Für die aus Österreich stammenden 1,3 Millionen der insgesamt ca. 17,3 Millionen Wehrmichtsangehörigen gibt es keine gesamthaften Daten. Ihre Gefallenen-Rate betrug 18,5 % (gegenüber ca. 27,6 % in der gesamten Wehrmacht),¹¹¹ allerdings gibt es keine Hinweise auf ein „ostmärkisches“ Beiseite-Stehen im Krieg. Die „Ostmärker“ waren generell, wie der Militärhistoriker Richard Germann in seiner Dissertation anführt, gleich häufig in schweren Kampfhandlungen eingesetzt.¹¹² Auch gibt es eine Reihe von Berichten über einzelne überwiegend von Österreichern gestellte Wehrmachtseinheiten, die ein eklatantes kriegsverbrecherisches Verhalten zeigten.¹¹³ Die Wehrmacht war gemäß dem deutschen militärorganisatorischen Prinzip in den ersten Kriegsjahren nach regionalen („landsmannschaftlichen“) Schwerpunkten zusammengesetzt;

¹⁰⁹ Siehe: Gerhard Botz, Quantitative Analyse der Sozial- und Altersstruktur der österreichischen NSDAP-Mitglieder (1926–1945), in: *Austriaca. Cahiers Universitaires d'Information sur l'Autriche*, Jg. 13, Nr. 26 (1988), S. 63–72, hier 65 f., 71.

¹¹⁰ Vgl. Hans Schafranek, *Söldner für den „Anschluss“*. Die Österreichische Legion 1933–1938, Wien 2011, vor allem S. 46–53; Kurt Bauer, *Elementar-Ereignis. Die österreichischen Nationalsozialisten und der Juliputsch 1934*, Wien 2003, S. 105–129.

¹¹¹ Rüdiger Overmans, *Deutsche militärische Verluste im Zweiten Weltkrieg*, 2. Aufl., München 2000, S. 247 (Tabelle 42), und Richard Germann, *Österreichische Soldaten in Ost- und Südosteuropa 1941–1945. Deutsche Krieger – nationalsozialistische Verbrecher – österreichische Opfer?*, ungedruckte histor. Diss., Univ. Wien 2006, Bl. 350.

¹¹² Germann, *Soldaten*, Bl. 348.

¹¹³ Marianne Enigl, „Österreichische“ Gebirgsjäger in Polen 1939. Berichte aus der „Einübung“ in den Vernichtungskrieg in Ausschnitten, in: Helmut Konrad / Gerhard Botz / Stefan Karner / Siegfried Matzl (Hrsg.), *Terror und Geschichte*, Wien 2011, S. 181–195; Manoschek / Safrian, *Österreicher in der Wehrmacht*, S. 123–158.

es gab daher viele Einheiten, in denen Österreicher (als Gebirgsjäger etwa) die Mehrheit der Soldaten ausmachten, wie in Polen, Griechenland (Kalavrita), Norwegen oder Serbien, denen die Wehrmachtsführung durchaus militärisch vertrauen konnte; sie kämpften selbstmotiviert mit den deutschen Kameraden ohne größere Friktionen. Es ist also nicht so, wie das Rot-Weiss-Rot-Buch¹¹⁴ annimmt, dass die Österreicher auf die ganze Wehrmacht verteilt waren, damit sich nicht ein spezifisch österreichischer Widerstandsgeist bilden konnte.¹¹⁵ Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die nationalsozialistische Durchdringung des Bundesheeres (durch den „Nationalsozialistischen Soldatenring“) im März 1938 wirft der erstaunlich tiefgreifende Vorgang der „Offiziersselbstsäuberung“ durch österreichische nationalsozialistische Kameraden.¹¹⁶ Also auch auf diesem Niveau von Täterschaft kann nicht von einer Widerlegung oder auch nur Relativierung der „österreichischen Täter-These“ gesprochen werden.

Anders ist es bei den einfachen Parteimitgliedern, die eine überdurchschnittlich starke Beteiligung von ÖsterreicherInnen an der NSDAP seit 1938 zu beweisen scheinen. Oft wird gesagt, dass der Anteil der NSDAP in der österreichischen Bevölkerung größer als im „Altreich“ war und dies darauf schließen lasse, dass mehr ÖsterreicherInnen als im „Altreich“ Nazis hätten sein wollen. So einfach, wie manche quantitativen Befunde dazu aussehen, ist der dahinter liegende historische Tatbestand jedoch nicht. War das NS-Wachstum bis 1936/38 in Österreich generell im Vergleich mit Deutschland aus z. T. offenkundigen Gründen (antinazistisches autoritäres Regime, starke politische Lagerstruktur – Austromarxismus, Katholizismus –, entstehender Österreich-Nationalismus) gebremst, so war der Zustrom zur NS-Monopolpartei ab 1938 umso größer. Allerdings ist bei allen regionalen Stärkeverhältnissen der NSDAP zu beachten, dass sich diese nach der Machtübernahme eher nach eigenen organisatorischen Vorgaben selbst konstruierte, denn aus einer sozialen Eigendynamik hervorging.¹¹⁷ Die Stärke der formellen Parteimitgliedschaft scheidet also hier als Stütze der „Täter-These“ aus.

Dennoch kann hier abschließend und die einheitlichen Befunde abwägend festgehalten werden: In Österreich geborene und/oder hier politisch sozialisierte

¹¹⁴ Rot-Weiss-Rot-Buch – Gerechtigkeit für Österreich! Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs (nach amtlichen Quellen). Erster Teil, Wien 1946.

¹¹⁵ Richard Germann, Neue Wege in der Militärgeschichte, in: Heinrich Berger / Melanie Dejnega / Regina Fritz / Alexander Prenninger (Hrsg.), Politische Gewalt und Machtausübung im 20. Jahrhundert. Zeitgeschichte, Zeitgeschehen und Kontroversen, Wien 2011, S. 175–191, hier 189–191.

¹¹⁶ Germann, Soldaten, Bl. 29–38.

¹¹⁷ Botz, Expansion, S. 1172 f.

Täter, auf deren (Mit-)Wirken NS- und Kriegsverbrechen auf unterschiedlichsten Involvierungs- und Gewaltsamkeitsniveaus zurückgeführt werden können, waren generell in einem größeren Ausmaß als „Altreichsdeutsche“ an der Ausübung der extremen Gewalt des Nationalsozialismus beteiligt, jedoch mit einer je nach Situation und Ort, Aktionszusammenhang und Arena der exzessiven Gewaltausübung stark variierenden Weise, sodass gegen solche allgemeine Aussagen immer wieder Ausnahmen („die die Regel bestätigen“) vorgebracht werden können. Es wäre jedoch eine (möglicherweise interessengeleitete) Polemik und vollkommen falsch, daraus abzuleiten, Österreicher wären *per se* gewalttätiger und daher als „NS-Täter“ überrepräsentiert gewesen. Aber sie waren doch überdurchschnittlich oft an Stellen präsent, an denen die ärgsten NS-Verbrechen verübt wurden, was Wiesenthal auch in seinem Memorandum immer wieder anklagen lässt. Zu fragen hat die Zeitgeschichtsforschung daher im Sinne des situativen Erklärungsansatzes der neueren Täter-Forschung, wie es dazu kam, dass so viele österreichische NS-Täter an die Brennpunkte der Gewalt – vor allem „Generalgouvernement“, „Balkan“, Niederlande, Hinterland der „Ostfront“ – kamen. Dann wird man allerdings wesentliche Momente jener Lebensverlaufspfade, die in Gewalt-Institutionen und Gewalt-Räume hineinführten, offenlegen müssen, die mit der spezifischen Geschichte Österreichs vor und während des Nationalsozialismus¹¹⁸ oder mit dem generellen Phänomen, dass NS-Radikalität oft mit Herkunftsregionen, die an den Peripherien oder Grenzräumen des „Großdeutschen Reiches“ standen,¹¹⁹ zusammenhängen.

Die Beantwortung meiner hier und in Anknüpfung an Wiesenthal gestellten zentralen Frage, so zugespitzt im historischen Opfer-Täter-Diskurs sie gewesen sein mochte, ist zunächst von einem eminenten national- und regionalgeschichtlichen Interesse. Sie kann aber auch zur Erklärung der extremen Gewalt, wie sie im Dritten Reich ausgeübt wurde, im Zusammenhang mit dem Blick auf Vergleiche und Wechselwirkungen einen substantiellen Beitrag leisten.

Auf jeden Fall hat die weitere empirische zeitgeschichtliche Forschung davon auszugehen, dass die „österreichische Täter-These“, die in der österreichischen Nachkriegsöffentlichkeit und -geschichte – im Gegensatz zum Opfer-Mythos – niemals ein Täter-„Mythos“¹²⁰ gewesen ist, bislang nicht widerlegt wurde, also weiterhin generalisierend Geltung beanspruchen kann.

¹¹⁸ Siehe dazu Botz, Österreich und die NS-Vergangenheit, S. 146–148; bereits in: ders. (Hrsg.), Margareta Glas-Larsson, Ich will reden. Tragik und Banalität des Überlebens in Theresienstadt und Auschwitz, Wien 1981, Anm. 61, S. 227–229.

¹¹⁹ Vor allem nun: Mann, Die dunkle Seite, S. 325–345.

¹²⁰ Siehe: Rathkolb, Die paradoxe Republik, S. 365–377.